

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seliger Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonat 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 6.

Sonnabend, den 7. Februar 1914.

18. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Tarifverträge in Deutschland. II. — Zum Tarifabschluss in der Oberlausitzer Granitindustrie. — Sozialpolitik eines Hartsteinwerkes. — Ein Arbeitererrat der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft. — Steinmehlschreibungen. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Mitteilung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Berliner Situationsbericht. — Der Tarifvertrag. I. — Bauarbeiterschutz in Sachsen. — Wie man den Steinarbeitern die Renten verringern will. — Produktionserhebung. — Konferenz der Steinseher in Stegnyh. — Korrespondenzen. — Literarisches. — Feuilleton: Eine lehrreiche Geschichte von Meißnern und Gesellen aus alten Tagen. — Die Abschneidung der Vorkammer Main-Schleife. Steinbildhauerarbeiten in Goethes Urteil.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Crailsheim: Firma Burre in Bölgental und Wallhausen. — Rütten: Firma Bergenthal. — Hirschberg (Schlesien): Firma Stahlberg.

Schwarzenbach a. S. Die Gebrüder Bates haben sämtliche Steinmehlen und Schleifer ausgesperrt, weil dieselben den Fichtelgebirgs-Normaltarif verlangten.

Pirna. Bei der Firma Max Auerwald, Granitwerk in Lohmen bei Pirna, sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Die Steinmehlen haben die Arbeit niedergelegt.

Burgen, Käptz, Hohburg. Die Plastersteinindustriellen wollen eine Arbeitsordnung durchdrücken, welche unsere Kollegen bei der Unfallrentenfestsetzung sehr schwer schädigen würde. Das Vorgehen der Unternehmer ist völlig ungesetzlich.

Demitz, Kamenz (Rauß). Die Christlichen bringen über die stattgefundenen Tarifverhandlungen einen durch und durch verlogenen Bericht. Der Artikelstreiter Baumgart will mit seinen unwahren Behauptungen in erster Linie Mitgliederfang bezwecken. Seine Angaben hat er teilweise ohne besseres Wissen gemacht.

Schwarzenbach-Niederlamitz und Umgebung. Die Schleifer und Steinmehlen haben den Fichtelgebirgsnormaltarif gekündigt.

Stettin. Die Steinmehlemeister wollen in den Tarif schikanöse Bestimmungen hineinbringen, welche für uns unannehmbar sind. Zugut ist streng fernzuhalten.

Wiesbaden. Die Kollegen sind wegen minimaler Tarifforderungen von den Unternehmern ausgesperrt worden.

Nördlingen. Die Steinmehlen der Granitfirma Koppel & Söhne stehen im Streit, da von Seiten der Unternehmer sämtliche Lohnforderungen abgelehnt wurden.

Aue (Erzgebirge). Die Firma Hermann Weishorn, Auerhammer, hat am 6. Dezember sämtliche Steinarbeiter ausgesperrt. Ein Teil derselben ist bereits abgereist.

Sohland (Spre). Der Unternehmer Kalauch hat 22 Granitarbeiter ausgesperrt, weil sie sich die Unkosten für das Schärfen des Werkzeuges nicht aufbürden lassen wollten.

Schweden. Gesperret sind: Malmö: Aktiebolaget Mercurius Stenbaggerier und die Granitfirma Scandinavien. — Lund: Firma Vilh. Schannong (Monumentbranche). — Landskrona: Firma Stanska Marmoraktiebolaget. — Sölvesborg: Svenska Granitindustriaktiebolaget.

Oesterreich-Ungarn. Gesperret sind: Perchtoldsdorf, Krakau, Lemberg, Bucirce, Nabresina, Süttö, Bubatalasz.

Carrara (Italien). Von den Marmorsteinbruchbesitzern sind 10000 Arbeiter ausgesperrt worden.

Die Tarifverträge in Deutschland.

Das Reichsstatistische Amt konnte die umfangreiche Tarifstatistik nur herausgeben, weil die Gewerkschaften in fleißiger Weise die nötigen Unterlagen lieferten. Diese Feststellung wird im Vorwort der Reichsstatistik lobend mit nachstehender Bemerkung anerkannt:

„Dies Ergebnis wäre nicht zu erreichen gewesen ohne die freiwillige und eifrige Mitarbeit der das Material liefernden Stellen, insbesondere der Arbeitervereine, die mit Sorgfalt und in dankenswerter Weise die Aufstellung und Sammlung der Unterlagen der Statistik trotz der damit verbundenen erheblichen Mühewaltung durchgeführt haben.“

Das ist eine schöne Anerkennung für die deutschen Gewerkschaften.
Für unsere Leser dürfte nachstehende Tabelle deshalb sehr interessant sein, weil daraus hervorgeht, welche Organisationen bei den Tarifabschlüssen in der Gruppe Steine und Erden überhaupt in Frage kommen. Dabei ist auch ersichtlich, welche „große“ Bedeutung der Zentralverband der christlichen

Keram- und Steinarbeiter in der genannten Industrie aufweist.
Es hatten Tarife abgeschlossen am 31. Dezember 1912:

Verbände	Tarife	Betriebe	Organisierte Arbeiter
Zentral-Verband der Bildhauer	52	607	1214
Zentral-Verband der Glasarbeiter	45	340	3788
Zentral-Verband der Töpfer	289	3068	9865
Zentral-Verband der Steinarbeiter	255	1598	21288
Christlicher Keram- und Steinarbeiter-Verband	49	475	3633

Die freien Verbände oder, wie die Zentrumschriften sagen, die „roten“ Zentralverbände, haben somit in der Gruppe Steine und Erden insgesamt abgeschlossen 635 Tarife für 6808 Betriebe, gültig für 36 098 organisierte Arbeiter. Der christliche Verband hat abgeschlossen 49 Tarife für 475 Betriebe, gültig für 3633 organisierte Arbeiter. — Diese Zahlen sind den amtlichen Erhebungen entnommen und können deshalb nicht in der bekannten M.-Gladbacher Art kritisiert werden. Unsere Kollegen können nun am besten ersehen, weshalb „großmächtigen“ Einfluß der Kölner Verband hat. Leider wird in der amtlichen Statistik nicht gesagt, daß die Zentrümmer zum Teil überhaupt nur deshalb zu Tarifen kommen, weil sie sich zu Tarifverhandlungen in der bekannten Weise drängen, um mit dem Abschluß prunten zu können. In der Lausitz beispielsweise sind wir bei den verflochtenen Tarifverhandlungen mit zweieinhalb tausend Kollegen beteiligt, die Christlichen mit kaum 40 Mitgliedern. Wie hätten die Unternehmer gelächelt, wenn die Christlichen mit ihren paar Mitgliedern einen Tarif vorgelegt hätten. Auf welche Weise hätten sie es mit diesen paar Männchens durchsetzen können, daß es zu Verhandlungen gekommen wäre? Wie gesagt, diese Leute humpeln teilweise nur auf den Krücken ihrer Gegner fort. Unsere Kollegen tun gut, wenn sie sich die vorstehenden Ziffern gut einprägen.

Bemerkenswert ist, daß die Unternehmerverbände in der Steinindustrie die Statistik noch mehr als häßlich ausgefüllt haben.
Nachstehende Korporationen weisen Tarife nach (nach dem Stand vom 31. Dezember 1912):

Unternehmer-Verbände	Tarife	Betriebe	Beschäftigte
Verband deutscher Steinbruchbesitzer	6	190	1200
Verband der Steinmehlgewerkschaften von Berlin	3	180	1150
Steinmehlgewerkschaft, Chemnitz	1	9	50
Steinmehlgewerkschaft, Dresden	1	27	584
Verband der Elbsteinbruchbesitzer	2	13	440
Verband der Marmorgewerkschaften	1	13	300
Inhaber in Düsseldorf	1	8	25
Vereinigung der Steinmehlemeister in Potsdam	1	8	25
Verband der Granitindustriellen des Fichtelgebirges	1	12	1200
21 einzelne Firmen wiesen nach	28	65	5161

Die Unternehmerverbände können nicht besonders stolz sein auf ihre Angaben. Sie haben nicht einmal den Nachweis für 10 000 Arbeiter erbringen können, die unter tariflichen Verhältnissen arbeiten. Mit andern Worten: wären die Reichsbehörden auf die Angaben der Unternehmer allein angewiesen — wir haben speziell die Steinindustrie im Auge — ein welsch verworrenes Bild über die Tarifgemeinschaften hätte sich da ergeben? Bei dieser Statistik fällt uns besonders auf, daß der Verband deutscher Steinbruch- und Steinmehlgewerkschaften (Sitz Berlin) die Bedeutung längst nicht hat, als wie es nach außen scheinen mag.

Daß die abgeschlossenen Tarife auf viele Branchen in der Steinindustrie Bezug nehmen, ist aus dem Hinweis ersichtlich, daß Abschlüsse getätigt wurden für Steinmehlen, Marmorhauer, Schleifer, Hilfsarbeiter, Maschinenschleifer, Sägereiarbeiter, Granitsteinmehlen, Granitschleifer, Poliersteine, Sandsteinmehlen, Schriftmacher, Brecher, Stoßer, Spalter, Säger, Schurcheibenschleifer, Terrazzoschleifer, Plastersteinarbeiter, Steinbrecher, Kalksteinhauer, Dolomitsteinbrecher, Steinbildhauer, Bosierer, Schmiebe und Abdrücker.

Daß sich im Steinarbeiterverband die Tarifausbreitung im Jahre 1913 sehr stark entwickelt hat, zeigt nachstehende Aufstellung des Verbandsvorstandes. (Diese Ziffern sind im „Sonderheft“ des Reichsstatistischen Amtes noch nicht enthalten):

Am 31. Dezember 1913 hatte der Steinarbeiterverband abgeschlossen 280 Tarifverträge, gültig für 2097 Betriebe, in denen 33 793 Arbeiter beschäftigt waren. Dem Verbands gehörten 23 289 Kollegen an. Wir sind also im Jahre 1913 wiederum einen tüchtigen Schritt vorwärts gekommen. Aber diese Ziffern sagen uns auch noch, daß die Unorganisierten dieselben Früchte einheimen, die von den Verbandsmitgliedern mit großer Fähigkeit erkämpft werden müssen. Unsere Ortsverwaltungen haben darauf Wert zu legen, mit einer intensiven Agitation einzusetzen, damit diese Leute, die von unsern Erfolgen zehren, auch dem Verbands beitreten. In den Ortsverwaltungen wird dieser Kleinagitation viel zu wenig Wert beigelegt. — In den Zahlstellen, in denen Tarifverträge abgeschlossen sind, hat man auch ein „greifbares“ Agitationsmittel, das mehr agitatorisch ausgenutzt werden muß.

Bei den Tarifbewegungen in der Zukunft muß es unser ernstliches Bestreben sein, bei der Tarifausgestaltung mehr Einheitlichkeit zu erzielen. Die Gauleiter können in dieser Hinsicht sehr viel tun. Wohl wissen wir, daß in der weitverzweigten Steinindustrie nicht nach dem Schema F gehandelt werden kann. Der Sandstein-Normaltarif für das Königreich Sachsen kann natürlich nicht als Muster gelten für Tarifverhandlungen im großen Strehleiner Granitgebiet. Ueber den weiteren Ausbau unserer Tarife informiert nachstehende Resolution, die Kollege Staudinger auf der Generalversammlung zu München (1912) vorlegte.

Die bisher mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarife weisen nicht nur in ihren allgemeinen Bestimmungen, sondern auch in der technischen Ausgestaltung eine recht große Verschiedenheit auf; es muß deshalb unsere Aufgabe sein, in Zukunft unsere Tarife bedeutend einheitlicher zu gestalten.

Der Verbandstag erhebt dagegen schärfsten Protest, daß sich ein großer Teil der Hartsteinindustriellen weigert, Tarifverträge abzuschließen. Gerade die Arbeiter in den Steinbrüchen gehen einem sehr anstrengenden und gefährlichen Beruf nach, so daß es für die Arbeiterkategorien geradezu aus sozialpolitischen Gründen notwendig ist, wenn für sie das wilde Akkordsystem beseitigt und tarifliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, zukünftig geeignete Schritte zu unternehmen, daß bei der Vergabung von staatlichen und städtischen Aufträgen, gleichgültig um welche Gesteinsmaterialien es sich handelt, in erster Linie „tariftreue“ Firmen berücksichtigt werden.

Der Verbandstag ist der Meinung, daß schon aus allgemeinen sozialpolitischen Gründen diese staatlichen und städtischen Bauherren verpflichtet wären, aus eigener Initiative dafür Sorge zu tragen, daß bei der Arbeitsvergebung nur tariftreuen Firmen der Zuschlag erteilt wird.

Zwog der tariflich fixierten Positionen stellt sich häufig heraus, daß die Arbeiter im Accord den Stundenlohn nicht verdienen. Es ist deshalb zu verlangen, daß den Kollegen bei allen Arbeiten dieser Stundenlohn garantiert wird.

Beim Abschluß von Tarifen ist weiterhin anzustreben:

1. eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, die natürlich durch dementsprechende Lohnzulagen ausgeglichen werden muß;
2. daß die Werkzeug- und Instandhaltungskosten beselben, wie dieses eigentlich selbstverständlich sein sollte, vom Unternehmer zu tragen sind;
3. daß sich die Unternehmer verpflichten, den bundesrechtlichen Bestimmungen bezüglich des Schutzes der Steinarbeiter Rechnung zu tragen.

Die umfangreiche Gestaltung der Tarife sowie das Überhandnehmen der tarifstatistischen Arbeiten bedingt es, daß im Hauptbureau für die Einleitung der Lohnbewegungen und für das Tarifwesen ein besonderes Ressort geschaffen wird. — Durch eine systematischere Einleitung der Lohnbewegungen wird es auch möglich sein, daß für die 110 Zahlstellen, in welchen Tarife bis jetzt noch nicht bestehen, solche eher zum Abschluß gebracht werden können.

Bei Tarifabschlüssen in der Hartsteinindustrie ist unter allen Umständen darauf zu achten, daß das menschenwürdige Prämiensystem beseitigt wird, und daß ferner beim Abnehmen der Steine nur „echte Maße und Gewichte“ verwendet werden dürfen.

Der Verbandstag erhebt überdies scharfen Protest, daß es in einigen Steinbruchgebieten die Unternehmer mit Treue und Glauben vereinbaren können, ihren Arbeitern gegenüber eine solche Uebervorteilung stets und ständig zu betreiben.

Es muß weiter konstatiert werden, daß die abgeschlossenen Verträge oftmals in den wichtigsten Positionen von den Unternehmern nicht innegehalten werden. Der Verbandstag legt mit Nachdruck Wert darauf, daß bei allen Tarifabschlüssen Schiedsgerichtsinstanzen vorgesehen sein müssen. Um Tarifstreitigkeiten zu regeln, sollen folgende Schiedsinstanzen vorgesehen werden:

- a) für jeden Ort eine Schlichtungskommission, bestehend aus einem Arbeiter und einem Arbeitgeber;
- b) für jeden Tarifbezirk ein Schiedsgericht, dem nach Möglichkeit ein unparteiischer Vorsitzender, welcher Unternehmertreuen nicht angehört, vorstehen soll.
- c) Um gegen das Urteil der Bezirkschiedsgerichte Berufung einlegen zu können, werden für die wichtigsten Gruppen in der Steinindustrie zentrale Schiedsgerichte angestrebt. Damit soll insbesondere bezweckt werden, daß eine einheitliche Auslegung der Tarife selbst immer mehr zur Geltung kommt; weiter soll erzielt werden, daß die Urteile der Bezirkschiedsgerichte von den Unternehmern mehr eingehalten werden.

In den nächsten Monaten hat der Verband wiederum eine große Reihe von Tarifbewegungen durchzuführen. Durch den Abdruck vorstehender Leitfäden soll unsern Kollegen gezeigt werden, in welchen Hauptpunkten eine größere Einheitlichkeit zu erzielen ist.

Wir wissen selbst am allerbesten, daß die aufgestellten Programmpunkte nicht auf einmal durchzuführen sind, denn die Konjunkturverhältnisse sind ja bei Lohnbewegungen zum größten Teile ausschlaggebend.

Manches ist in unserm Tarifwesen noch zu vervollkommen; aber insgesamt die abgeschlossenen Tarife betrachtet, hat in dieser Hinsicht der Steinarbeiterverband schon Großes geleistet.

Zum Tarifabschluss in der Oberlausitzer Granitindustrie.

In den Granitgebieten von Demitz, Kamenz, Königsbrunn und Umgebung fanden wegen Erneuerung des am 31. Dezember abgelaufenen Tarifvertrags eine Reihe von Verhandlungen mit dem Verband der Hartsteinindustriellen der Oberlausitz statt. Die Ergebnisse liegen nunmehr vor. Als der Tarif erstmalig abgeschlossen wurde, da zeigte es sich so recht, unter welchen schwierigen Verhältnissen es damals überhaupt möglich war, einen Vertrag zustande zu bringen. In Anbetracht dieser Dinge können wir heute sagen, daß es

damals eine großzügige Leistung war, daß der Tarif perfekt wurde. Auch die Kollegen, die 1911 dem Tarifabschluß mitunter noch feindselig gegenüberstanden, haben heute einsehen müssen, daß der Tarifvertrag einen sehr großen Wert hat. Dessen Wert hat heute sagen: Wenn wir keine neuen Tarif hätten, bestünde auch noch keine geordnete Verhältnisse und die Unternehmer würden jetzt zum Winter die Preise herabsetzen und Abzüge machen. Im Laufe der zwei Jahre ist allerdings so manches zum Besseren gekommen und so manche Klage laut geworden. Es konnte aber immer Abhilfe geschaffen werden. Alles das wurde als Material gesammelt, sorgfältig bearbeitet und als neue Forderungen aufgestellt. Eine Reihe von Sitzungen und Konferenzen waren notwendig, um über die strittigen Punkte Klarheit zu schaffen.

Im November v. J. gaben die Unternehmer bekannt, daß wegen Erneuerung des Tarifs Verhandlungen stattfinden sollten. Unser Zentralvorstand wurde von Seiten der Unternehmer ebenfalls davon benachrichtigt. Die Kollegen hatten den jetzigen Tarif wesentlich ausgebaut und schickten ihre Forderungen ein. Die Verhandlungen selbst gingen nicht so flott vonstatten; namentlich bei den Spellern und Pflastersteinarbeitern stießen wir auf Schwierigkeiten. Die Unternehmer betonten wiederholt, daß die gegenwärtige Lage in der Steinindustrie eine trostlose sei, die nicht geeignet und gerechtfertigt wäre, große Lohnerhöhungen zu bewilligen. Daß ferner der Kunststein auch in der Hartsteinindustrie immer mehr überhand nehme, wodurch die Absatzgebiete vermindert und die Konkurrenz eine immer schärfere werde. Die Kommission sowohl als der Kollege Staudinger und der Gauleiter Jahn, die als Verbandsvertreter an allen Verhandlungen teilgenommen haben, taten ihr Möglichstes, um für die Kollegen etwas herauszuholen. Als Vorsitzender bei den Verhandlungen fungierte Herr Direktor Rodig aus Demitz. Es wurden, trotz der gegenwärtigen und allem Anschein nach länger anhaltenden Geschäftsflaute eine ganze Reihe von Verbesserungen und Erhöhungen von den Unternehmern bewilligt. Im nachstehenden wollen wir die hauptsächlichsten Punkte kurz erwähnen. Wir sind der Meinung, daß namentlich für die Steinmehrer immerhin noch ganz annehmbare Verbesserungen herausgeholt worden sind.

Die erzielten Erfolge.

Der Leipziger Bord wurde von 2.— Mf. auf 2.20 Mf. pro Meter erhöht. Für Nixdorfer und ähnliche Profile gibt es pro Zentimeter größerer Breite 5 Pfg. mehr. Der Dresdner Bord wurde von 3.— Mf. auf 3.20 Mf. erhöht, die Baubehälter (Dresdner) von 5.50 Mf. auf 5.75 Mf., gewöhnliche Trottoirplatten von 3.50 Mf. auf 3.75 Mf. Die Zuschläge für sämtliche Borde und Platten, gezwungenes Maß, betragen 25 Pfg., Bogenplatten erhalten 10 Proz. Zuschlag. Die Bogenzuschläge bei den verschiedensten Radien werden von 30 Proz. auf 40 Proz., von 20 Proz. auf 30 Proz. und von 10 Proz. auf 20 Proz. erhöht. (Je kleiner der Radius, desto höher der Zuschlag.) Stufen von 26 bis 29 Zentimeter Breite kosten pro Meter 20 Pfg. mehr. Stufen mit schrägem Haupte werden von 2.70 Mf. auf 2.90 Mf. erhöht. Stufen mit rechtwinkligem Stab erhalten einen Zuschlag von 20 Pfg. pro Meter. Dreiseitige Stufen erhalten für die niedrige Seite 40 Pfg. Zuschlag. Trägerstufen erhalten denselben Preis wie Keilstufen (bisher Schwankungen von 30 bis 50 Pfg. pro Meter weniger). Stufen-Endköpfe mit verkröpftem Profil erhalten 40 Proz. Zuschlag (bisher nichts). An runden Köpfen gab es bisher Zuschläge von 25 und 50 Proz., jetzt 30 und 60 Proz.

Alle Stufen über 4 Meter lang erhalten einen Zuschlag von 20 Pfg. pro Meter. Stufen über 40 Zentimeter Breite werden wie Schwellen berechnet. (Damit ist ein großer Streitpunkt erledigt.) Stufen unten schräg abgestochen, erhalten einen Zuschlag von 40 Pfg. pro Meter (bisher 20 Pfg. und teilweise gar nichts). Unten abgeschragte aber feingesägte Stufen erhalten einen Zuschlag von 70 Pfg. pro Meter. Die Lichtlöcher wurden ebenfalls im Preise geregelt. (Bereinbarung fällt weg.) Bei Wendestufen ist eine Erhöhung von 10 Pfg. vorgesehen pro Meter. Ausklüngen an Stufen wurden auch festgelegt (bisher Vereinbarung).

Die Zuschläge für Profile mit schrägem Haupt werden von 40 Pfg. auf 60 Pfg. und mit rechtwinkligem Stab von 40 Pfg. auf 1 Mf. erhöht. Spundfänge lohnen um 10 Pfg. mehr. Einfüge und Aehlen an Schwellen am Oberlager werden von 60 Pfg. auf 1 Mf. und 1.30 Mf. erhöht. Ausklüngen an Quadern und Sockeln sind im Preise festgelegt. (Bereinbarung fällt weg). Deckplatten werden erst von 36 Zentimeter Breite an nach Quadratmetern berechnet. Wassertrassen werden besonders bezahlt (bisher nicht). Deckplatten über 25 Zentimeter stark, werden nach Kubikmetern berechnet. Runde Deckplatten wurden neu eingeschoben, pro Quadratmeter 13 Mf. Sockelbänke werden ebenfalls erst von 36 Zentimeter Breite an nach Quadratmetern berechnet (bisher wurden auch die schmälere nach Quadratmetern berechnet, was nicht günstig war). Einfüge Sockelbänke wurden neu eingeschoben (ohne Einfüge), pro Quadratmeter 9 Mf. Bei zwei- und dreiseitigen Sockelplatten gibt es für die hintere Seite 5 Mf. pro Quadratmeter (neu eingeschoben), besonders fein gesockte Sockelplatten 1 Mf. Zuschlag. Bogenquader und Sockel über 25 Zentimeter stark werden nach Kubikmetern berechnet und erhalten einen Zuschlag pro Quadratmeter Fläche außen gestockt 2 Mf. und innen gestockt 4 Mf.

Der Vorstrang wird besonders bezahlt. Fänge bei Denkmalsarbeiten werden nach Gliedern berechnet (bisher nicht). Für den laufenden Faden gibt es 40 und 60 Pfg. Unterirdische Redler lohnen 1/2 Glied mehr (bisher nicht). Fäden über 19 Zentimeter Abwicklung 5 und 8 Mf. pro Quadratmeter. Die Stundenlöhne für Steinmehrer wurden um 5 Pfg. erhöht.

Für die Speicher und Pflastersteinarbeiter ist erwägt: Kleinpflaster, Handschlag, wurde auf 55 und

60 Mf. erhöht, bisher gab es 50 und 55 Mf. Steine, die auf der Rampe nachbohrt werden müssen, erhalten einen Zuschlag. Quader und Sockel bis 0,10 Kubikmeter Inhalt lohnen per Kubikmeter 8.— Mf., von 0,11 bis 0,20 Kubikmeter Inhalt 6.50 Mf. in verschiedenen Betrieben. Brittschen 36 bis 40 Zentimeter, im Quadrat 18 bis 20 cm stark, ein Ripper, 25 Stück, 3.30 bis 3.50 Mf. Bohrpreise wurden reguliert statt 3 Mf. 3.25 bis 3.50 Mf. per Meter, statt 5 Mf. 5.50 bis 6.— Mf. per Meter, je nach der Kaliberstärke.

Die Stundenlohnreizen für Speller, Pflastersteineinmacher, Tagarbeiter und Verlager wurden um 5 Pfg. erhöht. Allerdings wird nun nicht allgemein der Stundenlohn um 5 Pfg. erhöht, aber wir sind einen schönen Schritt vorwärts gekommen, daß die bisherigen Mindest- und Höchstlohnätze erhöht wurden. Es wird nun weiter die Aufgabgabe unseres Verbandes sein, daß beim Umschlag der Witterung die Stundenlöhne bei den einzelnen Kategorien eine Erhöhung erfahren. Die Stundenlöhne sind eben bei den einzelnen Branchen so verschieden, daß es nicht möglich war, Einheitsätze zu erzielen. Aber gegenüber früher haben wir doch hierin einen schönen Fortschritt erzielt. — Auch ist vorgesehen, daß die Höchstätze für die einzelnen Steinarten in den einzelnen Betrieben bezahlt werden können.

Ferner soll dem Ladegewicht mehr Rechnung getragen werden, besonders wo keine einwandfreie Ripper vorhanden sind, soll Abhilfe geschaffen werden. Für die Kleinpflasterarbeiter an der Maschine konnte die 2. Sorte erhöht werden.

Bei den Verhandlungen in Ramenz konnten ebenfalls noch einige beachtenswerte Erfolge erzielt werden. Dergleichen bei den Verhandlungen in Königsbrück. Im letzteren Ort haben nach unserer Meinung besonders die Kleinpflastersteinschläger am besten abgeschritten. Die erste und zweite Sorte wurden von 9 auf 10, und von 8 auf 9 Mf. erhöht. Eine dritte Sorte wurde neu eingefügt. Damit können die Kollegen auch schlechteres Gestein verwenden.

Die Tarifsätze betragen zwei Jahre. In einer am 20. Januar zu Demitz stattgefundenen Versammlung wurde zu dem vorliegenden Resultat der Verhandlungen Stellung genommen. Nach längerer Aussprache wurde das vorliegende Resultat beinahe einstimmig angenommen. Besonders legten die Speller und Pflastersteinarbeiter darauf Wert, daß die Höchstätze in den schlechten Gesteinslagen unbedingt bezahlt werden müssen.

Gewiß, Kollegen, haben wir nicht alle Forderungen durchdrücken können, namentlich nicht bei den Spellern und Böhlerern. Aber wir glauben sagen zu können, wenn wir uns das Gesamtergebnat vor Augen führen, daß wir trotz der ungünstigen Zeit einen schönen Erfolg buchten können. Auch wissen wir noch gar nicht, ob im nächsten Jahr bessere Aussichten in der Steinindustrie vorhanden sind. Alle diejenigen Kollegen, die sich herrechtlich fühlen, Kritik zu üben, werden nicht sagen können, es hat nichts genügt, wir haben einen Teil der Zulagen, bekannt gegeben, davon ist nun nicht zu rütteln. Ohne Organisation, ohne Tarif wären wir ein Spielball der Unternehmer. Wir brauchen ja mit einigen Jahre zurückzudenken. Wie ganz anders lagen da die Verhältnisse! Wir haben durchaus keine Ursache, irgendwie ein Loblied anzustimmen, aber fest steht, der Steinarbeiterverband hat sich in der Laufzeit eine Stellung erworben, aus der er nicht mehr verdrängt werden kann. Alle Kollegen werden wir nie befriedigen können.

Wie sich der Steinarbeiterverband im Tarifgebiet in den letzten Jahren entwickelt hat, zeigt nachstehende Tabelle:

Zahlstelle	Jahr	Zahl der Mitglieder
	1909	1913
Bautzen	46	285
Bischofswerda	21	120
Demitz-Thumitz	337	1231
Ramenz	94	225
Königsbrück	51	218
Säcklich*	—	281
Hauswalde*	—	107
Königsbrück*	—	93
	549	2515

* Später erst gegründet.

Somit haben wir seit vier Jahren im Oberlausitzer Granitgebiet 1966 neue Mitglieder gewonnen. Die größte Zunahme brachte uns die erste Tarifbewegung, die 1911 einsetzte und mit vollem Erfolg zu Ende geführt werden konnte. Dieses Organisationsresultat, erzielt in einem ländlichen Gebiet, muß geradezu glänzend genannt werden. Dabei kommt in Betracht, daß wir es in der Oberlausitz meist nur mit Großfirmen zu tun haben, und die Kollegen nur schwer zu bewegen waren, dem Verbande beizutreten. Ueberdies sind, was nicht verschwiegen werden darf, unsre Kollegen in der Laufzeit sehr gern geneigt, Vereinsmiete zu treiben, und somit bei einigen Zweiflern immer neue Gründe gegenüber den Eintritt in den Verband eingeworfen wurden.

Koch eine andre Erscheinung sei hervorgehoben: Im Vorjahre konnte man in der christlichen „Keramarbeiterzeitung“ große Artikel lesen mit der nicht allzu bescheidenen Ueberschrift: „Auf dem Vormarsch in Sachsen.“ Als bereits in Demitz zwei Verhandlungen stattgefunden hatten, schrieb der christliche Sekretär Herr Baumgart an die Verbandsleitung, seine Mitglieder seien in „erheblicher“ (!!!) Zahl am Tarifabschluß interessiert. Wir hatten unsre Forderungen schon lange aufgestellt und eingereicht, und wenn die Christlichen das selbe hätten tun wollen, kein Mensch hätte sie daran gehindert. Unsere Verbandsleitung teilte Herrn B. mit, daß wir gegen eine Verhandlungsbeteiligung nichts einzuwenden haben. Bei der Verhandlung in Ramenz anfangs Januar erschien Herr Baumgart mit vier Mann. Der gute Mann war natürlich auf die ganze Sache nicht vorbereitet, wie er selber zugestand. Wir hatten gegen eine Beteiligung der Christlichen nichts einzuwenden und haben es unterlassen, bei den Verhandlungen zu fragen, auf welche Stärke sie sich stützen. Die Herren schreiben gern in ihren Briefen, sie kommen mit „erheblichen“ mit „ansehnlichen“ Mitgliederziffern in Frage. Nun wollen wir doch den Sekretär über die Stärke der Christlichen in unserm Tarifgebiet lästern. Der Steinarbeiterverband (Sich Leipzig) formt mit etwa 2300 Verbandsmitgliedern in Betracht, die Zahl der Christlichen schwankt zwischen 30 und 40 (mit

Werten zwischen dreißig und vierzig). Daraus kann man ersehen, wie beträchtlich die „erhebliche“ Zahl von Mitgliedern war, auf die sich Herr Baumgart stützte. Im Vorjahre war ihr Agitationsmittel, daß sie unsern ersten Tarifabschluß in allen Verfassungen kritisierten, und die Leute gegen unsern Verband aufstehen wollten. Das gelang vorbei. Diesmal stellt sich nun heraus, daß ihr Verband im Tarifgebiet eine Stärke von etwa drei Duzend hat, womit am besten darzulegen ist, wie bescheiden sie mit ihren Erfolgen geworden sind.

Die Lohnbewegung in der Oberlausitz ist beendet und die Kollegen aus den Orten Demitz, Hauswalde, Säcklich, Königsbrück, Ramenz, Königsbrück haben im zustimmenden Sinne votiert. Dieser zweite Tarifabschluß ist unter großen Schwierigkeiten zustande gekommen; aber gelang mit der größten Sachlichkeit gepflogen wurden. Trotz der ausgebreiteten Debatten und der vielen Hindernisse, die zu überwinden waren, fiel kein Miston während der Verhandlungen. Wir konnten schon anderweitig Verhandlungen mitmachen, wo man bei der geringsten Differenz unternehmerseitig den starken Mann herauskehren wollte. Ein solches Auftreten war erfreulicherweise in der Oberlausitz nicht Usus.

Wenn man bedenkt, daß gerade in Lue, dann in Kirchberg, sowie in Sohland heuer schon Lohnkämpfe zu führen waren (also lauter Orte in Sachsen), dann erst können wir ermessen, daß wir im Oberlausitzer Gebiet einen vollen Erfolg buchten können. In Striegau (Schlesien) haben die Unternehmer den Tarif gestündigt, wobei beachtenswert ist, ganz gewaltige Verschlechterungen vorzunehmen.

Freuen wir uns, daß sich die Lohnbewegung auf dem Wege der friedlichen Verhandlung erledigen ließ und bieten wir in Zukunft alles auf, den weiteren Ausbau der Zahlstellen vorzunehmen. Der Versammlungsbesuch muß noch besser werden, die Schulung der Kollegen auf gewerkschaftlichem Gebiet muß ebenfalls gründlicher werden. Besonders eruchen wir, den übermäßigen Alkoholgenuss in der schärfsten Weise zu bekämpfen. Diese Anstöße grassieren unter den Granitarbeitern noch sehr. Vieles ist schon in dieser Hinsicht unter dem Verband besser geworden, aber in einigen Brüchen muß dem Alkohol der Kampf noch besser angefaßt werden. Solche Bestrebungen müssen wir unterstützen, im Interesse der Kultur und eines geordneten Familienlebens.

Kollegen, agitiert unermüdet für den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Die Christen außer sich vor Mut.

In der „Keramarbeiterzeitung“ spielt Herr Baumgart, der christliche Sekretär, den tollen Mann, weil die Christen nur mit ein paar Mitgliedern an der Lohnbewegung beteiligt waren. Der Sekretär läßt in dem Artikel, daß man schon meterweit der ganzen Darstellung die bekannte Plundererei anmerkt. In verkehrter Weise ist dieser „Steinmehrschmann“ seinen Lesern die Mär auf, beim ersten Abschluß hätten die meisten Püher 100 Mf. im Jahre eingebüßt. Diesen Schwund glaubt der Püherpeter mit der Meinung an den Mann zu bringen, daß er nun Mitglieder treiben kann. B. hat mit jener Behauptung, wider besseres Wissen, die Unwahrheit gesagt. Dann schimpft Baumgart, daß der rote Verband nicht genügend herausgeholt hätte, und in einer Resolution der Zahlstelle Sorka, die gar nicht am Tarifabschluß direkt beteiligt war, wird der roten Führern ein Mißtrauensvotum ausgesprochen. Baumgart scheint unter seinen paar Mitgliedern die große Klappe gehabt zu haben. Damit ist er ja bekannt. In Ramenz passierte ihm folgendes Mißgeschick. Kollege Staudinger begründete in eingehender Weise einige gestellte Anträge für die Speller. Baumgart notierte sich diese Ausführungen, und an der Hand dieses Konzeptes machte er dann einige Bemerkungen. Ein Kollege von uns, der diesen Vorgang bemerkte, war böswillig genug, in der Plenarversammlung diese „Sachverständigkeit“ zu besprechen. Jener Vorgang hat dann die größte Heiterkeit ausgelöst, wie ein begoffener Pudel sah nun Herr Baumgart mit seinen zwei Begleitern am Tische. Später begründete unser Verbandsvertreter etwa 10 Anträge für die Püher, die dann auch zum größten Teil genehmigt wurden. Baumgart wollte seine „Sachverständigkeit“ auch zum besten geben, mußte aber sogleich zugestehen, daß er in die Sache nicht eingeweiht sei. Der christliche Sekretär glaubt mit seiner unverfrorenen Artikelsschreiberi unser Leute aufstehen zu können. Das gelingt diesem Klopfflechter und seinen paar Hintermännern aber gründlichst vorbei.

Wir haben im vorstehenden Artikel einen Teil der Erhöhungen angeführt, diese Erzeugnisse können kein Mensch wegschwandeln. Baumgart glaubt damit operieren zu können, wenn er die Mindeststundenlöhne anführt, aber die Höchstlöhne verschweigt. Mit seinem stümperhaften Demagogentum wird der Mann in der Laufzeit auch weiterhin keine Geschäfte machen können. Mit wirren, illgenhaften journalistischen Leistungen ist den Lausitzer Steinarbeitern nicht gedient. Damit lassen wir diesen Burlesken laufen.

Der Steinarbeiterverband hat in der Laufzeit einen Erfolg erzielt, der uns weiterhin organisatorische Erfolge bringen wird. Gerade aus Ramenz wird uns soeben gemeldet, daß die Zahlstelle durch die Lohnbewegung an die 20 Mitglieder gewonnen hat.

Sozialpolitik eines Hartsteinwerkes.

In den letzten Tagen ging eine Notiz durch die bürgerliche Presse Bayers, in der mitgeteilt wurde, daß die Firma Bayerische Hartsteinindustrie A.-G. in Würzburg, ihren Arbeitern im Bafalwerk Boccaminio Lantienen in der Höhe von 120 bis 148 Mf. pro Person ausbezahlt habe. Seit drei Jahren seien im ganzen 28 000 Mf. Prämien an die Arbeiter gezahlt worden. Der Unkundige nimmt Grund dessen an, daß man es hier mit einer außerordentlich entgegenkommenden, sozialverständigen Firma zu tun habe. Dem ist jedoch nicht so. Bei der Firma bestehen sehr niedrige Arbeitslöhne. Als vor drei Jahren die Bafalarbeiter sich infolge einer ganz erheblichen Lohnkürzung dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands anschlossen, wurden die Arbeiter gemächselig und sofort entlassen. Die Gewerkschaften griff damals vermittelnd ein, aber auch dieser Gegenstand wurde der Standpunkt vertreten: wer wieder eingestellt werden wolle, müsse unter allen Umständen aus der Organisation austreten! Da die Firma fast nur Aufträge für den bayerischen Staat ausführte, wurde der Landabgeordnete Genosse Sailer-Schweinitz beim Reichspräsidenten vorstellig, um die Rekapitulation des Abkonditionierten zu erwirken. Der Minister ließ damals dem Abgeordneten Sailer folgenden Bescheid zugehen:

Bevor ich mich unter Mitgabe des jüngst übergebenen Schreibens des R. V. Gewerkschafts für Unterfranken und

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 6.

Sonnabend, den 7. Februar 1914.

18. Jahrgang.

Berliner Situationsbericht.

Die Zeit des Ablaufs unserer Tarife rückt heran. Noch sind die Ausschüßten auf den Neuausschluß derselben vollständig unbestimmt. Die gegenwärtig noch bestehende Geschäftslage, zurückzuführen auf die allgemeine gedrückte Lage, nicht minder auch auf die natürlichen Begleiterscheinungen der Jahreszeit, ließen den Beginn der gegenseitigen Verhandlungen als nicht besonders dringend erscheinen. Ein weiteres Hinausschieben derselben dürfte jedoch den Gang der Verhandlungen ungünstig beeinflussen, weshalb wir die Forderungen mit dem Ersuchen an die Unternehmer eingereicht haben, den Beginn der Verhandlungen möglichst bald anzugehen.

Die Aufstellung der Forderungen erfolgte in der vergangenen Woche. Zwei gutbesuchte Versammlungen beschäftigten sich mit dieser überaus wichtigen Frage. Die Vorschläge der Tarifkommissionen wurden in mehreren wichtigen Punkten ergänzt, so in bezug auf Ueberstundenleistung und Bezahlung derselben, die Regelung des Fahrgebühls und die Aufnahme der Hilfsarbeiter in das Tarifverhältnis. Die von der Kommission in Vorschlag gebrachten Lohnsätze wurden im allgemeinen gutgeheißen, obgleich sie eine Erhöhung des Gesamtverdienstes nicht bringen. Im Gegenteil, durch die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit wird der bestehende Wochenverdienst bei den Steinmetzen um 60 Pfg. und bei den Schleifern um 72 Pfg. niedriger ausfallen. Ein Beweis dafür, welch großes Gewicht die Berliner Kollegenschaft auf die Verkürzung der Arbeitszeit legt. Gefordert wird die achtkündige Arbeitszeit. Das hört sich für einen die Berliner Verhältnisse nicht kennenden Menschen äußerst verlockend an. In Wirklichkeit bedeutet es weiter nichts, als die Beschränkung des Arbeitstags auf ein erträglicheres Maß. Bei den Größenverhältnissen Berlins und seiner Vororte wird derselbe trotz der achtkündigen reinen Arbeitszeit 12—13 Stunden betragen. Eine Ausnahme hiervon werden nur diejenigen Kollegen machen, welche einmal eine Arbeitsstelle in der Nähe ihrer Wohnung zu verzeichnen haben. Bei dem großen Wechsel derselben kommen aber solche Fälle kaum in Betracht. — Früheren Versuchen, die Arbeitszeit zu verkürzen (abgesehen von der Arbeitszeit auf den Werkplätzen der Sandsteinbranche, welche schon seit 1899 acht Stunden beträgt), haben sich die Unternehmer stets hartnäckig widersetzt. Als Hauptgrund wurde von ihnen die angebliche Abhängigkeit unseres Berufs von dem der Maurer ins Treffen geführt, ein Grund, der, soweit die Verfeher in Frage kommen, hier und da seine Berechtigung haben mag. So groß ist jedoch diese Abhängigkeit nicht, daß sie nicht abgestreift werden könnte, ohne den gemeinsamen Arbeitsprozeß zwischen Maurer und Verfeher zu stören. Vor und nach der Arbeitszeit des Verfehers gibt es für den Maurer Nebenarbeiten in Hülle und Fülle. Und die Arbeiten, welche überhaupt ohne Hülfe von Maurern ausgeführt werden, wie Scharrieren, Nacharbeiten usw., müßten schon längst den Platzarbeiten gleichgeachtet sein. Ist doch ihre gesundheitschädlichere Wirkung eine viel größere, weil in den geschlossenen Räumen, Hallen usw. die Staubansammlung eine viel größere ist als auf dem Werkplatz, die feilliche Bearbeitung des Steines aber auch eine größere Kraftanwendung beansprucht. An den Fassaden sind die Kollegen wieder in erheblichem Maße den Witterungseinflüssen ausgesetzt, nicht minder haben sie auch bei der Handhabung unserer schweren Werkzeuge unter den miserabelsten Rüstungsverhältnissen (namentlich Leitergerüste) zu leiden.

In den Marmorbetrieben hat mit Einführung der Maschinen ein Raubbau mit Menschen Maß gegriffen, wie er nicht mehr zu überbieten ist. Nerven- und Lungenkrankheiten streiten sich um den Leib des Marmoristen. Was die kraftfordernde Maschine nicht schafft, das bringt das Wasser zuwege. Die gequälten Rheumatiker wissen davon zu berichten. Also auch in den Marmorbetrieben ist eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend geboten.

Was werden aber die Inhaber der Grabsteingeschäfte sagen? Was wird aus ihrer Saison werden? — Nun, die Schriftkauer haben von einer solchen in den letzten Jahren überhaupt nichts mehr gespürt. Erstreckte sich doch das Hauptgeschäft auf den Verkauf von Glasplatten und die Haupttätigkeit mehrerer Grabsteinhändler auf die Anpreisung von „gelapener Schrift“. Ja, ja, „Geschäft ist Geschäft“. Die in der Grabsteinbranche noch vorhandenen steinmetzmäßigen

Betriebe sind an den Fingern zu zählen. An der Einführung der achtkündigen Arbeitszeit wird die einst so blühende Grabsteinindustrie nicht völlig zugrunde gehen.

Die Granitarbeiter der Straßenbaubranche vollends werden zufrieden sein, wenn sie die achtkündige Arbeitszeit nur immer erreichen. In dieser Branche ist eine Wandlung der Dinge notwendig von Kopf bis zu Fuß. Sie sind Gelegenheitsarbeiter im wahrsten Sinne des Wortes. Volle Tage und Wochen gehören zu den Seltenheiten. Doch darüber ein andermal mehr.

Alles in allem sind die technischen Schwierigkeiten, soweit solche überhaupt vorhanden, so gering, daß die Verkürzung der Arbeitszeit mit Leichtigkeit durchzuführen wäre. Andre stichhaltige Gründe gegen die Verkürzung dürften kaum herbeigebracht werden können. Die Rentabilität der Betriebe wird — bei der Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8 Stunden — ebensowenig leiden, wie bei der von 10 Stunden und darüber auf 9 Stunden. Ebensowenig ist ein Mangel an Arbeitskräften zu befürchten, da der Drang nach der Großstadt dauernd ein Ueberangebot an Arbeitskräften erzeugt. Das bereits vorhandene erfordert ebenfalls dringend seine Anteilnahme an der vorhandenen Arbeit, welche ihm durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit gewährt werden könnte.

Ob unsere Unternehmer diesmal unserer Hauptforderung ein größeres soziales Verständnis entgegenbringen werden als früher, werden die Verhandlungen ergeben. Unser Kollegen wollen wir aber daran erinnern, daß Rechtsfragen vielfach Nachfragen sind, was sie veranlassen muß, unausgesetzt an der Stärkung ihrer Organisation tätig zu sein. Die auswärtigen Kollegen ersuchen wir, bis zur Beendigung der Bewegung Berlin zu meiden.

Der Tarifvertrag.

Der bekannte Sozialologe Rechtsanwalt Dr. Einjehmer hält augenblicklich im Frankfurter Arbeiter-Bildungs-Ausschuß vier Vorträge über den Tarifvertrag. Bei der Wichtigkeit des Themas und der führenden Stellung des Referenten in diesen Fragen glauben wir unseren Lesern den Inhalt der Vorträge in einem kurzen Auszug bekannt geben zu sollen. Die Redaktion.

I.

Wenn wir uns ein Urteil über die Bedeutung der Tarifverträge bilden wollen, müssen wir von dem ausgehen, was tatsächlich und rechtlich ist. Wir sehen vor allem, daß die Tarifverträge in Deutschland sich außerordentlich vermehrt haben. Während wir im Jahre 1907 nur rund 5000 Tarifverträge gezählt haben, sind diese Tarifverträge im Jahre 1912 (im letzten Berichtsjahr der Tarifstatistik) auf rund 10 000 angewachsen. Diese Tarifverträge erfassen heute 150 000 Betriebe und 1 570 000 Personen. Also beinahe zwei Millionen Menschen sind heute von der Tarifvertrags-Entwicklung in Deutschland erfasst, d. h. sie sind berührt von dem Gebante der Gleichberechtigung bei der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen, den eben der Tarifvertrag verwirklicht. England hat nur 1600 Tarifverträge, denen aber rund 2 500 000 Personen unterworfen sind, also fast eine Million mehr als in Deutschland. Ein Zeichen dafür, daß offenbar in England der Tarifvertrag auf erhöhter, tariftechnischer Stufe steht, d. h. viel mehr zentralisiert und ausgebaut ist, als bei uns in Deutschland. Es ist sehr bezeichnend, daß dann wieder das Land, das die am wenigsten entwickelte gewerkschaftliche Bewegung mit fundamentalistischen Argumentierungen aufweist, nämlich Frankreich, eines der tarifärmsten Länder ist.

Es gibt in Deutschland keine Gewerbegruppe mehr, die nicht irgendwie stärker oder schwächer von dem Tarifvertragsprinzip erfasst ist, beziehungsweise mit einer Ausnahme. Während wir in England im Bergbau Tarifverträge haben, haben wir in Deutschland keine Tarifverträge im Bergbau. Wir sehen also an dieser Tatsache, daß Tarifverträge im Bergbau sehr wohl möglich sind, wenn es auch in Deutschland von Arbeitgebersseite noch bestritten wird.

Am stärksten erfasst von dem Tarifgedanken ist das Buchdruckgewerbe; 66 Prozent aller im Buchdruckgewerbe beschäftigten Personen sind tarifgebunden. Das zweite Gewerbe, das hinter dem Buchdruckgewerbe kommt, ist das Baugewerbe. Da zeigt sich das Verhältnis 47 Prozent zur Zahl der überhaupt im Baugewerbe beschäftigten Personen.

Die neueste amtliche Statistik, die amtliche Zusammenstellung, die jüngst erschien, ergibt die überraschende Tatsache,

daß von allen tarifgebundenen Personen die Hälfte in Betrieben beschäftigt werden, die zu den großen und großen gerechnet werden. Während 1908 die Denkschrift noch sagen konnte, daß die Tarifverträge die Grenzen des Handwerks noch nicht überschritten haben, heißt es in der Statistik des Reichsarbeitsblatts: „Die Mehrheit aller Personen dagegen gehört zu Tarifgemeinschaften, bei denen auf einen Betrieb durchschnittlich mehr als 20 Personen entfallen. Daraus ist zu schließen, daß die Mehrzahl aller durch die am 31. Dezember 1912 bestehenden Tarifverträge gebundener Personen zu Betrieben gehört, die keinen handwerksmäßigen Charakter mehr tragen.“

Wir unterscheiden vier Formen des Tarifvertrags:

1. Der Firmentarif. Das ist derjenige Tarif, der nur gilt für eine oder mehrere bestimmte Firmen.

2. Der sogenannte Ortstarif, der gilt für eine Stadt; zum Beispiel für die Bäckereiarbeiter von Frankfurt a. M., so daß dieser Tarif für alle jetzt bestehenden und noch hinzutommenden Firmen gilt.

3. Kommt dann der Bezirkstarif, das ist der Tarif, der sich über die Stadt ausdehnt auf Bezirke, Provinzen und ganze Territorien, der überhaupt einzelne Firmen gar nicht mehr sieht.

4. Die höchste Stufe, der Reichstarif und fast schon dahinter der große altstarif, der, so utopisch er heute noch scheinen mag, doch nicht so ganz ausgeschlossen ist. Der Tarifvertrag hat die Tendenz, über die einzelnen Fabrikare hinauszuwachsen über Orts- und Bezirkstarif, um Gewerbegesetz zu werden, alle Beziehungen des gewerblichen Lebens zu ergreifen, nicht nur die Arbeits- und Lohnbedingungen des einzelnen Betriebs zu regeln, sondern das Gewerbe überhaupt.

Betrachten wir das Verhältnis der Organisationen zu den Tarifverträgen, so finden wir die außerordentlich wichtige Tatsache, daß es fast keinen Tarifvertrag mehr gibt, wo nicht auf Arbeitnehmerseite eine Organisation der Träger des Tarifgedankens wäre. Die Organisationen haben heute die Tarifverträge in der Hand. Von den 10 000 Tarifverträgen in Deutschland sind nur drei ohne Organisation abgeschlossen. Sie sind praktisch so gut wie erledigt. Die Organisationen auf Arbeitnehmerseite sind die Schöpfer und Träger des Tarifvertrags.

Bei dieser Gelegenheit ist es ferner wichtig, festzuhalten, daß die Tarifverträge in denjenigen Gewerben mit nachgewiesenermaßen starken Organisationen am zahlreichsten und am besten ausgebaut sind.

Also starke und gute Tarifverträge, wo die Organisation stark, dagegen schwache Verträge, wo die Organisation schwach sind.

Dabei zeigt sich, daß nicht nur auf Arbeitnehmerseite die Organisation die große Rolle spielt, sondern in wachsendem Maße die Arbeitgeberorganisation einen Gegenpartnern bildet. Wenn wir auch noch viele Tarifverträge haben, wo die einzelnen Arbeitgeber oder der einzelne Arbeitgeber den Tarifvertrag abschließt, so zeigt sich doch in wachsendem Maße die Tendenz, daß an Stelle des Arbeitgebers der Verband tritt, der die Interessen des einzelnen wahrnimmt, und so wächst also die eigentliche Form des zukünftigen Tarifvertrags, derjenige Tarifvertrag heran, wo auf beiden Seiten Kampforganisationen stehen, die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wenn nicht alles täuscht, ist die Zukunft des Tarifgedankens der zweiseitige Verbandstarif, wo also auf zwei Seiten die Organisationen stehen und fast hebt sich wie ein mögliches Zukunftsbild heraus: ein soziales Parlament. Auf der einen Seite das Arbeitgeberbündnis, auf der anderen Seite das Arbeitnehmerbündnis, die sich auseinandersetzen über die Grundbedingungen des Arbeitsverhältnisses, wie dies heute zum Teil schon der Fall ist. Wenn z. B. im Buchdruck- oder Baugewerbe Verhandlungen stattfinden, so sind dies bereits kleine gewerbliche Fachparlamente. Der Parlamentarismus ist also heute nicht mehr nur politisch, er ist zum Teil gewerblich und sozial geworden und vielfach ist dieser Parlamentarismus, der über Bühne, Arbeitszeit, Urlaubsverhältnisse usw. verhandelt, ebenso wichtig, wie politische Parlamente die über Zäbern debattieren.

Die Annahme, daß der Tarifvertrag immer ein Kampfprodukt sei, ist also nicht mehr ganz richtig. Es ist vielmehr richtig, daß der allergrößte Teil der Tarifverträge auf Grund beiderseitiger Erwägungen: „Was ist billiger, der Kampf oder der Tarifvertrag“, entsteht. Während im Jahre 1905

Eine lehrreiche Geschichte von Meistern und Gesellen aus alten Tagen.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat aus einer Anzahl verstaubter Akten des Preussischen Staatsarchivs ein sehr lehrreiches und ergötzliches Geschichtchen von Anno dazumal herausgekauft, das er uns in Form einer kleinen, amüsant geschriebenen Broschüre vorlegt. Manches einer, der da glaubt, daß erst in neuerer Zeit die Arbeiter unter dem „verheerenden“ Einfluß von Partei und Gewerkschaft zu einem gewissen Selbstbewußtsein erwacht seien und bei nicht genug über den Terrorismus dieser modernen Arbeiter jetzern kann, wird aus dieser altentworfene belegten Darstellung mit Erstaunen inne werden, daß auch in jener guten alten Zeit die Gesellen sich sehr wohl der Macht bewußt waren, die ihnen ein solitärisches Zusammenhalten gegenüber dem Meister verlieh, und daß sie von dieser Macht oft einen recht ausgiebigen Gebrauch machten.

Die Geschichte, um die es sich hier handelt, begann im Oktober 1700 mit einem Streit zwischen dem Rademachermeister Christian Hornig in Braunschweig und seinem Gesellen Gottlieb Held von Bernigerode, infolgedessen der Geselle seine Stellung sofort verlassen wollte. Der Meister, der jedoch das Bedürfnis fühlte, sich als „Herren im Hause“ zu erweisen, verlangte, daß der Geselle noch die in der Bildenordnung vorgeschriebenen 14 Tage bei ihm arbeite, und ließ, als der lange Johann sich dessen weigerte, kurzerhand dessen Kelleisen und Gesellenbuch vom Büttel pfänden. Damit war die Angelegenheit jedoch nicht erledigt, den die übrigen 15 Rademacher-Gesellen der Stadt erklärten sich mit Johann solidarisch und drohten, die Arbeit niederzulegen. Unter dem Druck der übrigen Meister

gab nun Meister Hornig klein bei, aber die ob ihres raschen Sieges übermäßig gewordenen Gesellen begnügten sich nun nicht mehr damit, sondern benützten die Gelegenheit, um noch eine Reihe weiterer Wünsche durchzubringen, die sie in bezug auf die recht strenge Bildenordnung hatten. Die Meister waren auch in diesem Falle zum Nachgeben bereit gewesen, aber die hohe Obrigkeit, die eine solche Insubordination der Gesellen nicht dulden zu können glaubte, hinderte sie daran.

So verließen denn die Rademacher-Gesellen samt und sonders die Stadt Braunschweig, wurden aber in Hannover festgehalten und gezwungen, zurückzukehren. Freilich nicht zur Freude ihrer Meister, denn wenn sie auch fürberhin wacker aßen und tranken, so verweigerten sie doch jede Arbeit und ließen sich selbst durch Haftstrafen nicht klein kriegen. So verwies man sie denn endlich der Stadt und des Landes und glaubte damit die leidige Sache endlich erledigt. Nun aber brach das Unglück erst recht über die Braunschweiger Rademachermeister herein, denn die ausgewiesenen Gesellen verhängten den „Schimpf“ über das Gewerbe. Das hieß aber, daß künftig kein ehrliebiges Geselle mehr bei einem Braunschweiger Rademachermeister arbeiten dürfe, wenn er nicht selbst für mehrjährig erklärt, das heißt von allen andern Arbeitsplätzen ausgeschlossen werden wollte. Ja, auch derjenige, der in der beschimpften Stadt auslerte, wurde an keinem andern Orte als Geselle angenommen, es sei denn, daß er in einer ehrlichen Stadt noch einmal in die Lehre ging.

Die vorliegende Geschichte ist erzählt von einem Gesellen, der nirgend, nicht einmal im Auslande, Ruhe fand. Wir wollen die weiteren Phasen der interessanteren Geschichte hier nicht im einzelnen erzählen: erwähnt sei nur, daß selbst der König von Preußen sich schließlich in die Affäre mischte, aber daß es keiner Gewalt gelang den trotz der beleidigten Gesellen und die Macht, die ihnen ihre im ganzen Reich verbreitete Organisation gab, zu brechen, so daß die Meister schließlich nach Jahren zu den wehmütigen Nachgeben gezwungen waren.

Die heutigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wollen von solchen doch ziemlich brutalen Kampfmethoden nichts wissen. Was sie aber aus dieser Geschichte wieder von neuem lernen können, das ist die alte, ihnen tausendmal gepredigte Wahrheit: Einigkeit macht stark!

Die Abschneidung der Volkacher Main-Schleife.

Im Zeitalter des Schnellverkehrs liegt es nahe, die Natur korrigieren zu wollen, wenn sie störrisch ist, so ohne jede Rücksicht auf moderne Anforderungen an Frucht- und Zierparadis gearbeitet hat, wie bei der Gestaltung der Rainwasserstraße. Legt der Main doch von Schweinfurt bis Hildesheimburg einen Weg von 250 Kilometern zurück, gegenüber einer Luftlinienentfernung von 80 Kilometern, und verlängert so den 300 Kilometer weiten Schiffsahrtsweg von Hamburg bis Mainz „unnötig“ um 170 Kilometer. Das Abschneiden der Rainrücken zwischen Würzburg und Wertheim oder zwischen Schweinfurt und Gemünden auf dem Wege der Durchtunnelung der trennenden Bergrücken würde schon wiederholt allen Ernstes vorgeschlagen, die Durchführung dieser Projekte jedoch aus begründlichen Gründen einstweilen aufgeschoben.

Innerhalb der großen Unwegfrümmungen hat sich die Natur mit dem Main noch verschiedene kleinere Unwege erlaubt, so die 8 Kilometer lange Söleise oberhalb Wertheim mit einer Wehrlänge von 6 Kilometern gegenüber dem kürzest möglichen Wege, welcher die zwischen Fahr und Köhler 10 Kilometer lange Söleise mit 8 Kilometer Unweg. Bei der vorläufigen Projektlosigkeit der Durchtunnelung der radikalen Abdrängungen der Mainfranke beunruhigt man sich vielfach mit Vorschlägen für Abschneidung wenigstens dieser kleineren Schleifen. Besonders die Volkacher Schleife auf schon

* Der Braunschweiger Rademacher Schimpf von Anno 1700. Berlin 1913.

Aus diesem Vorgänge ist so recht deutlich ersichtlich, wie sich die Herren Unternehmer die fortgeschrittene Sozialpolitik denken. Die Arbeiter sollen, wenn sie einen Unfall erleiden, sogar noch bei der Rentensfestlegung geschädigt werden. Und das deshalb, damit die Herren an den Prämiengeldern sparen können.

Die Steinarbeiter haben gegen ein solches Verfahren in schärfster Weise zu protestieren. — Im Würzener Gebiet ist die Unfallhäufigkeit eine sehr große, wir kommen darauf noch zurück.

Produktionserhebung.

Das kaiserlich statistische Amt ist dazu übergegangen, Produktionsstatistiken aufzunehmen. Der Wert solcher Erhebungen liegt klar auf der Hand. Ueber die Zementindustrie der Jahre 1910/11 gibt die Statistik mit nachstehenden Ziffern Ausdruck:

	1910		1911	
	Menge (in Tausen 170 kg netto)	Wert (in 1000 Mark)	Menge (in Tausen 170 kg netto)	Wert (in 1000 Mark)
Jahreszeugung an Zement	84612298	121917	89128216	140200
wovon: Eisenportlandzement, Schlacken zement, Schlacken zement	2226045	7997	2740901	10168

Zur Herstellung des Zements wurden an Kohlen und Holz verbraucht:

	1910		1911	
	Menge (in Tausen)	Wert (in 1000 Mark)	Menge (in Tausen)	Wert (in 1000 Mark)
Steinkohlen	1 918 277	24 705	2 189 618	27 481
Braunkohlen	924 648	1 761	888 014	2 144
Koks und Koksruß	856 251	4 018	878 220	4 118

Der Absatz an Zement betrug:

	1910		1911	
	Menge (in Tausen 170 kg netto)	Wert (in 1000 Mark)	Menge (in Tausen 170 kg netto)	Wert (in 1000 Mark)
Nach dem Inland:				
durch Verkauf	80 778 720	84 889 785	84 889 785	84 889 785
durch Abgabe an eigene Betriebe	202 189	440 694		
Nach dem Ausland:				
auf dem Kontinent	1 664 007	1 870 884	1 870 884	1 870 884
nach dem überseeischen Ausland	2 585 988	2 858 861	2 858 861	2 858 861
Der Bestand an Zement am Ende der Berichtsjahre betrug	3 070 817		2 160 416	

Im Nebenbetriebe wurden hergestellt:

	1910		1911	
	Menge (in 1000 Zentner)	Wert (in 1000 Mark)	Menge (in 1000 Zentner)	Wert (in 1000 Mark)
Zementkugeln	8 165 762	8 940	8 471 964	4 864
Zementwaren (Zementrohren, Zementplatten, Dachziegel)	21 088	989	20 258	977

Zum Betrieb der Zementwerke wurden Pferdestärken verwendet:

1910	141 208
1911	158 228

Wenn diese Statistiken erst einige Jahre fortgesetzt sind, dann kann man bemerkenswerte Vergleiche ziehen. Bedauerlich ist es, daß für die Steinindustrie solche Erhebungen nicht in Aussicht gestellt sind. Die Steinindustrie kommt, soweit der Eisenbahnverkehr in Betracht kommt, gleich hinter der Bergwerksindustrie. Wir haben die Empfindung, daß auch hier die Arbeitgeberverbände in der Steinindustrie sich nicht früh genug an die Statistik-Behörden wandten, damit die Produktionsgestaltung statistisch erfasst werden konnte.

Konferenz der Steinleger in Wlegnit

Am 25. Januar fand im Gewerkschaftshaus zu Wlegnit für die Tarifbezirke 1—5 (Schlesien) eine Konferenz des Steinlegerverbandes statt. Die Tagesordnung war: 1. Ist die Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz im Gewerbe für uns von Vorteil? 2. Bericht über die Tarifinstanzen sowie Wahl einer Tarif-Schlichtungskommission. 3. Agitation und Organisation. 4. Verschiedenes.

Gauleiter Frenkel-Görlich referierte über den ersten Punkt. Er betonte, daß es das erste Mal sei, daß ein Vertreter des Steinarbeiterverbandes zur Konferenz eingeladen und auch erschienen sei. Die beruflichen Verhältnisse bringen es mit sich, daß ein Vorgehen mit der uns nächstehenden Organisation der Steinarbeiter angekrebt werde. Auf Grund des vorliegenden Materials schilderte er, wie von selten einzelner Unternehmer im Steinlegergewerbe Schmutzkonzurrenz im vollsten Sinne des Wortes getrieben werde. Es sei vorzuziehen, daß Preisunterschiede bis zu 500 Prozent zu verzeichnen waren. Es sei klar, daß bei solchen Unterbietungen die Qualität der Arbeit nicht mehr den Anforderungen der Behörden entsprechen könne, daß ferner die Unternehmer und ihre Antreiber versuchen, die Steinleger möglichst auszunutzen, damit viel Quadratmeter fertig werden. Durch diese Taktik erfolge dann mangelhafte Pflasterung, für die gewöhnlich die Steinleger verantwortlich gemacht werden. Nach kurzer Zeit stellen sich die Folgen dieser Schleuderarbeit ein und es müssen Ausbesserungen vorgenommen werden.

In den bestehenden Tarifverträgen sei die Verpflichtung übernommen, die Schmutzkonzurrenz zu bekämpfen, dies sei am besten möglich, wenn sämtliche Kollegen strikte den Tarif einhalten, sich nicht durch Trinkgelber, denn anders könne man die Bezahlung der Mehrleistung nicht nennen, irreführen lassen und dadurch die Kollegen und das Renommee des Berufs schädigen. Durch verastigte unfaire Praktiken seien nicht nur die Kollegen geschädigt, die aus diesem Unfall arbeitslos bleiben, sondern es dürfe auch nicht verkannt werden, daß dadurch dem Gesamtartikel für Naturstein immer mehr Platz eingeräumt und die künstliche Pflasterung gefördert werde. Leider gebe es aber auch viele Behörden, die dem Ministerialerlass, nur leistungsfähige Firmen bei Submissionen zu berücksichtigen, keine Beachtung schenken und statt dessen dem Mindestfordernden den Zuschlag erteilen, wodurch ebenfalls die Schmutzkonzurrenz gefördert sei. Die Behörden beschwerten sich dann später über das schlechte Pflaster und in der Regel versucht man die Schuld auf die Steinleger abzuwälzen. Auf Grund der Erfahrungen, die Redner als

Mitglied des Tarifamts gemacht habe, sei zu konstatieren, daß sich verschiedene Unternehmer der Bekämpfung der Schmutzkonzurrenz widmen und die Austrittserklärungen der Steinlegerinnungen von Wlegnit, Hlogau und Oppeln aus dem Arbeitgeberverband für das Steinlegergewerbe beweisen, daß diesen Unternehmern die Geschäftsführung des Verbandes, daß sie nicht nach Belieben schalten und walten können, nicht zusagt. Sie müssen sich den Bestimmungen des Tarifvertrags unterwerfen und das paßt den Herren nicht.

In der Diskussion wurde auf mehrere trasse Fälle von Schmutzkonzurrenz verwiesen. Gauleiter Steininger (Steinarbeiterverband) führte unter anderem aus, daß nicht nur die Steinleger unter dem Geschiderten zu leiden haben, sondern auch seine Berufskollegen, die Pflastersteinarbeiter. Die Maßnahmen der Behörden, dem Mindestfordernden den Zuschlag zu erteilen, empfinden auch die Steinarbeiter. Verschiedene Unternehmer lassen minderwertige Steine anfertigen, die dann als eine andre Sorte verkauft werden. Für die Arbeiter bringe aber das Nachteil, da die besser bezahlten Sorten nicht angefertigt werden und Steine, die für eine bessere Klasse gut wären, auch als billige Sorte abgegeben werden müssen. Für die Steinleger bedeute dies sicher auch Nachteile, da in der Regel die Verarbeitung größere Anforderungen an den einzelnen stellt. Es sei nur möglich und im Interesse beider Berufe, durch gegenseitige Korrespondenz und ständige Verbindung vorkommende Differenzen zu unteruchen. In dieser Weise können wir der Schmutzkonzurrenz am besten entgegenzutreten.

Zum zweiten Punkt behandelte Gauleiter Frenkel eingehend die Vorkommnisse in den Tarifinstanzen, verwies auch wieder darauf, daß leider viele Kollegen die Umgehungen des Tarifs nicht rechtzeitig gemeldet haben und gelagt werden muß, daß die in der Zahlstelle in Betracht kommenden Mitglieder ebenfalls die Schmutzkonzurrenz gefördert haben. Er führte an, daß innerhalb des Jahres Unternehmer bis zu 1200 M. Schadenerlass an die Kollegen bezahlen mußten. Die Forderungen, die die Unternehmer an ihn (Frenkel) zu stellen sich bemüht fühlten, betrugen nahezu eine Viertelmillion. Dies sei ein Beweis, daß die Unternehmer schnell bei der Hand sind, falls sie glauben, Rechte geltend machen zu können, die nur scheinbar waren. Hätten alle Arbeiter ihre Forderungen geltend gemacht, so wäre sicher noch manches ans Licht gekommen.

Die Lohnbewegung im Hlogauer Tarifbezirk habe so recht die Taktik der Unternehmer gezeigt. Man trug sich dort mit dem Gedanken, die Akkordarbeit wieder einzuführen, den Stundenlohn um 5 Pfg. zu reduzieren und für die Junggefallen eine niedrigere Lohnskala einzustellen. Diese Pläne lassen auch die bereits erwähnten Innungen nicht so leicht beiseite, daher wollen sie dem Unternehmerverband den Rücken kehren. Es liege an den Kollegen, dafür einzutreten, daß die Organisation immer gefestigter werde, dann werden auch die kommenden Lohnbewegungen wieder von Erfolg gekrönt sein.

Die Konferenz zeigte drastisch, daß in verschiedenen Fragen Steinleger und Steinarbeiter Hand in Hand arbeiten müssen. Gebote bezüglich der Statistiken hat sich dieses sehr stark herausgestellt. Es wird deshalb gut sein, wenn auch in Zukunft ein solch gemeinschaftliches Wirken mit dem Verbands der Steinleger erfolgt. Notwendig ist es sehr.

Korrespondenzen.

Demitz-Thumitz (Rauß). Am 20. Januar fand die Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Anfolge einer sich ihm bietenden Gelegenheit nahm auch der Vorsitzende des Zentralverbandes daran teil. Nach der Stärkung der Zahlstelle und der Wichtigkeit der Tagesordnung wäre eine größere Besucherzahl erwartet worden. Defizit finden sich Kollegen, die an der Tätigkeit und den Anordnungen von langjährig, in der Gewerkschaftsbewegung erfahrenen Personen heruntümpeln und kritisieren. In Versammlungen sind die Betreffenden aber nie zu sehen. 1. Punkt der Tagesordnung war Abrechnung vom 4. Quartal. Die Einnahmen betragen 11 555.08 M., die Ausgaben 5801.11 M. Die Gesamteinnahmen im Jahre 1910 betragen 28 944 M., die Gesamtausgaben im Jahre 1910 betragen 20 690.18 M. Am Schluß des Jahres 1910 war ein Kassenbestand von 4485.15 M. vorhanden. Am Schluß des Jahres 1911 ein Mehr von 1768.77 M. 53 545 Markten wurden umgelegt. Im dritten Quartal war der Umsatz am höchsten, Krankenunterstützung wurde an 278 Kollegen in Höhe von 3826.50 Mark gezahlt. Die Ausgaben für Krankengeld waren im Winterquartal am höchsten. Aus lokalen Mitteln wurden für Kranke, ausgekrankte Mitglieder 250 M. bewilligt. Außerdem Notstands- und Sterbeunterstützung. Diese Zahlen zeugen von einer großen Bedeutung der Unterstützungseinrichtungen in unserem Verband. Die Mitgliederzahl beträgt 1281. Eingetretten sind im Jahre 278. Die Mitgliederzahl seit Juli zusammen aus 540 Steinlegern, 545 Brechern und Bohrern, 127 Hilfsarbeitern, 10 Schleiern und 5 Schmiedern. Die Zahl der Hilfsarbeiter dürfte höher sein, da bei ihnen die Steigerung der Löhne prozentual am höchsten ist. Es sind eine Anzahl von Brüdern vorhanden, wo man ihr Tringelge keine Kubikung findet; daselbst ist aber auch Mann für Mann organisiert, dieselben wissen aber auch ihre Rechte zu wahren. Der Geschäftsbericht beweist, daß der Vorsitzende eine recht umfangreiche Tätigkeit auszuüben hat, einerseits durch die Vermehrung der Mitglieder, andererseits durch die Ausdehnung der Zahlstelle, die sich aus drei Bezirken zusammensetzt. 120 Sitzungen verschiedener Art, 13 Vorstandssitzungen, 21 Versammlungen, 8 Bezirkskonferenzen und 1 Beiratsitzung fanden statt. Beantragt wurde der Vorsitzende durch 160 unentgeltliche Auskünfte in gewerblichen Streitigkeiten, im bürgerlichen Recht, in Krankenkassen-, Invaliditäts- und Unfallfällen und Anfertigung von Schriftstücken verschiedener Art. Auch eine Reihe Vertretungen vor dem Versicherungs- und Oberversicherungsamt waren notwendig. Beteiligt waren wir ferner bei den Krankenkassenwahlen, wo wir gut, teilweise sehr gut abgeschnitten haben. Das Resultat der Wahlen ist für die Arbeiter von der größten Wichtigkeit. Zu Anfang des Jahres setzte die wirtschaftliche Bewegung ein. Der Geschäftsgang war bis zum Hochsommer und Herbst als ein guter zu bezeichnen, danach klangte die Konjunktur stark ab. Zurzeit laftet die wirtschaftliche Depression, die sich fast auf alle Gebiete erstreckt, insbesondere auf das Baugewerbe, mit dem unsere Industrie eng verbunden ist, auch schwerer auf unsere Steinindustrie. Verstünden bel uns nicht tarifliche Lohnverhältnisse, so würden die Unternehmer ganz erhebliche Lohnablässe gemacht haben, wie in früheren Jahren. Zurzeit ist auch noch keine Aussicht vorhanden, daß sich der Geschäftsgang in absehbarer Zeit heben wird. Der Rückblick auf das Berichtsjahr befriedigt und zeigt, daß der Steinarbeiterverband in der Rauß eine zu respektierende Stellung erworben hat. — Durch Affirmation wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder, für einen Ausgeschiedenen der Kollege Lehner gewählt. Als Kartelldelegierte wurden Müllendorfer, Schulze, Kichinger, Dohler und Lehner bestimmt. — Von den Innenernehmern war bis zum 15. Januar Bescheid verlangt worden über Annahme oder Ablehnung der uns von ihnen zugesagten Punkte. In einer Konferenz in Wschau wurde dazu Stellung genommen: diesbezügliche Wünsche seitens der Arbeiter sind den Unternehmern wieder zugefickt worden, über die dieselben aber erst in ihrer Vollversammlung beschließen können.

In Striegau war arbeiterseits von einer Tarifbindung abgesehen worden, es wurde aber von den Unternehmern gekündigt, um Verschlechterungen herbeizuführen. Wie dort, so steht es auch in andern Bezirken. Alle Anzeichen sind vorhanden, daß es auch in unserm Gebiet anders wird. Was sich bei einer oder andre versprochen hat, ist nicht ganz herausgeholt worden. Verschlechterungen sind nicht herbeigeführt worden. Zudem ist vom Zentralverband alles getan worden, was möglich war. An über 50 Punkten sind den Steinlegern Verbesserungen zugestanden worden, außerdem die neu eingeführten Positionen. Bei den Zwicklern und Pflasterern können die höchsten Gehälter bezahlt werden, ebenso soll dem Ladegewicht mehr Rechnung getragen werden. Der Stundenlohn ist in allen Branchen erhöht worden. — Koll ge Starke schilderte in seinen Ausführungen die Entwicklung unserer Zahlstelle und der Organisation in der Oberlausitz. Die Arbeiterbewegung stelle einen eminenten Wert für den Arbeiter dar. Vor zehn Jahren hätte kein Mensch an unsere heutige Stellung in unserm Gebiet gedacht. Bei der ersten Tarifverhandlungen mit durchgeführt hat, kennt die Schwierigkeiten, die sich uns mit den Unternehmern entgegenstellten. Alles, was durch die Macht der Organisation erreicht worden ist, ist nicht sprunghaft, sondern Schritt für Schritt geschehen. Ohne finanzielle Kämpfe ist das, was wir haben, erreicht worden. Am Schluß seiner Ausführungen wies er darauf hin, daß die Lohnbewegung trotz der unglückigen Zeit als ein schöner Fortschritt zu bezeichnen sei. — Die Abstimmung ergab, daß der Tarif mit großer Majorität angenommen wurde.

Görsbach. Am 20. Januar wurde in der Göttergasse unsere diesjährige Hauptversammlung abgehalten. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Sodann wurde vom Kassierer der Kassenbericht vorgetragen. Die Kasse, die von den Revisionen geprüft war, wurde von demselben für richtig befunden. Es wurde der Kassierer auf Antrag einstimmig entlassen. Kollege Schneider erstattete den Kartellbericht. Dann wurde zu den Neuwahlen geschritten. Gewählt wurde als 1. Vorsitzender Karl Diebal, als 2. Vorsitzender Schneider, als Kassierer Rich. Schmidt und als Schriftführer Joh. Waber. Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an. Es wurde vom Vorsitzenden ein Vortrag über das Thema: Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klasse gehalten, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Im Schlußwort erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, auch in diesem Jahr fest zur Fahne zu halten, denn Einigkeit macht stark.

Homburg (Oberhesse). Zwecks Gründung einer Zahlstelle fand hier am 18. Januar eine gut besuchte Versammlung statt. Gauleiter Herrmann referierte über das Thema: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Der Referent gab eine Uebersicht über die Entwicklung des Gewerkschaftsgebauens in der deutschen Arbeiterklasse. Dann schilderte er die Schwierigkeiten, welche zur Erreichung des Koalitionsrechts zu überwinden waren. An Beispielen zeigte er die Verfolgungen unter dem Ausnahmegesetz. Nach dem Ablauf des Ausnahmegesetzes habe die Gewerkschaftsbewegung einen starken Aufschwung genommen. An Zahlen führte Kollege Herrmann das den Kollegen klar vor Augen. Nicht verschwiegen dürfte aber auch bleiben, daß sich neben der starken Gewerkschaftsorganisation das Unternehmertum in einzelnen Industriezweigen sehr stark organisiert habe. Betschlag sei es in den letzten Jahren zu großen Wirtschaftskämpfen mit dem organisierten Unternehmertum gekommen. Nur starke, kapitalkräftige Organisationen seien heute imstande, den Kollegen zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhelfen. Um den Abschluß eines für die Arbeiter günstigen Tarifvertrages müßte vielerorts noch in den Streit getreten werden. Die Behörden ständen fast unablässig auf Seiten der Unternehmer. Trotz aller Behinderungen haben sich aber über 2 1/2 Millionen deutscher Arbeiter in den freien Gewerkschaften organisiert. Sie stellen eine starke wirtschaftliche Macht dar zur Vertretung ihrer Interessen. Dann besprach der Referent noch den Aufbau des Steinarbeiterverbandes und seine Einrichtungen. Zum Schluß erwähnte er die Kollegen zum ersten Studium des Jahrbüchleins; er forderte sie dann auf, dem Verband beizutreten. Nach der Diskussion wurde beschlossen, eine Zahlstelle zu gründen; 38 Kollegen traten derselben bei. Als Vorsitzender wurde Kollege Kraus und als Kassierer Kollege Horst gewählt. Es erfolgte dann noch die Wahl der andern Verwaltungsmitglieder. Im Schlußwort richtete der Referent an die Kollegen die Aufforderung, die wenigen uns noch fernstehenden Kollegen auf die Wichtigkeit der Berufsorganisation aufmerksam zu machen. Denn unser Wahlanspruch müßte sein: Großes Werk geht nur durch Einigkeit.

Hörsicht (Bezirk Striegau). Am 22. Januar fand im Saale des Herrn Trautmann zu Döhrdorf eine überfüllte Steinarbeiterversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Die Einnahme betrug 7901.83 M., die Ausgabe 3279.97 M., bleibt somit ein Bestand von 4717.86 M. Die Einnahme der Krankenzuschüsse betrug 2671.05 M., die Ausgabe 715 M., bleibt ein Bestand von 1956.05 M. Der Mitgliederbestand am Schluß des Quartals betrug 658. Der Kassierer wurde entlastet, die exakte Kassenführung wurde lobend anerkannt. Zum zweiten Punkt erstattete der Vorsitzende Kollege Schiller Bericht über die Abänderungsvorschläge der Unternehmer im neuen Tarif. Aus demselben ist zu ersehen, daß bei einigen Positionen beträchtliche Verschlechterungen vorgenommen werden sollen. Hierauf erfolgte eine sehr rege Debatte, in welcher von allen Rednern darauf hingewiesen wurde, die Verschlechterungen auf das energischste zurückzuweisen, koste es, was es wolle. Dann verwies Kollege Müller noch auf die Volksfürsorge. Zum Schluß wird noch betont, daß die Kollegen schon jetzt für den Kampf einrichten möchten, damit alles gerichtet dahe. Die Unternehmer haben uns den Tarif gekündigt, sie peitschen die Massen auf, daß der Herr später selbst Angst werden wird bei ihren eigenen Maßnahmen.

Gemsbach. Bei unsrer am 22. Januar im Lokal Adler stattgefundenen Generalversammlung fand als erster Punkt Kontrolle der Mitgliedsbücher auf der Tagesordnung. Derselben wurden durch eine Kommission mit der Beitragsliste verglichen und in besserer Ordnung befunden. Hierauf gibt der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Die Einnahmen betragen 564.03 M., die Ausgaben 488.89 M., bleibt ein Kassenbestand von 75.64 M. Der Revisionsericht erstattete Kollege Großmann, woraus zu entnehmen war, daß Bücher und Kasse in besserer Ordnung sind. Dem Kassierer wurde eine lebende Anerkennung ausgesprochen. Weidenhammer gibt hierauf den Geschäfts- und Kartellbericht. Versammlungen haben 10 stattgefunden, Neuaufnahmen wurden 27 gemacht. Dies beweist, daß mit der Agitation bel uns nicht hinfangehalten wurde. Die Durchschnittsmittgliederzahl betrug 71. Im Kassenbericht hebt er die einzelnen Unterstützungen besonders hervor; so wurden an Krankenunterstützung mit der Zentrale verrechnet 280.25 M., an Bezirksunterstützung 184.50 M. (Zusammenhelfer in Weidenham). An Anhaltierte zahlte die Zahlstelle 10 M. Diese Zahlen beweisen, daß auch hier unsere Kollegen die Verbandsumterstützungen zugute kommen. Unsere Jahresrechnung betrug 2061.49 M., die Jahresausgabe 1905.85 M., bleibt somit der bereits genannte Kassenbestand. Beim Kartellbericht ging er besonders auf die Kartellgebundenen Krankenkassenwahlen ein, wo die Kartellliste gut abschnitt. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden nachstehende Kollegen gewählt: Georg Großmann 1. Vorsitzender, als 2. Anton Weidlich, Kassierer Friedrich Weidenhammer, Revisionen Gdr Schmidt und Jakob Geisel, Schriftführer Seb. Dörringer. Nach Erledigung verschiedener Beschlüssen fand der Vorsitzende die Versammlung.

Kamenz. Am 18. Januar fand im Gasthaus zum Kronprinz unsere Generalversammlung, welche sich eines guten Besuchs erfreute. Den Jahresbericht erstattete der Vorsitzende Kollege Wagner. Er gab den Kollegen ein klares Bild über das vergangene Jahr, welches als ein gutes zu bezeichnen ist. Dann gab der Kassierer, Kollege Rische, die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Die Einnahme betrug 1548.3 M., die Ausgabe 1142.47 M., es verbleibt somit ein Kassenbestand von 405.83 M. Die Revisionen bestätigten, daß alles in besserer Ordnung war; somit wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Sodann wurde zu den

Neuwahlen des Gesamtvorstandes geschehen. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Georg Wagner, als 2. Emil Gausich. Unser Kassierer lehnte nach sechsjähriger Tätigkeit eine Wiederwahl ab. Für sein bisheriges Wirken sahen wir an dieser Stelle den herzlichsten Dank. Wenn unsere Zahlstelle so schön gedeihen konnte, so verdanken wir dieses zum Teil seiner Tätigkeit. An dessen Stelle wurde Kollege Emil Reischer gewählt. Im Verschiedenen wurde angeführt, daß man in diesem Jahre eine Präsenzliste führen soll, um sich überzeugen zu können, wie die Kollegen die Versammlungen besuchen. Der Vorsitzende ermahnte am Schluß die Anwesenden, auch in diesem Jahre für den Verband unermüßlich tätig zu sein.

Güßh. Am 25. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung im Vechertischen Lokal statt. Leider war der angelegte Referent nicht zur Stelle. Inerst gab der Kassierer einen Bericht vom 4. Quartal bekannt, welcher von den Revisoren revidiert und für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Da am 8. Februar wieder Versammlung stattfindet, so wurden einige Punkte zurückgestellt. Der Bezirksleiter wird in dieser Versammlung anwesend sein. Bedauert wurde, daß sich die Kollegen nicht einig sind. Hier sind noch sehr viele Hindernisse zu beseitigen; aber da muß doch dem Verband ein größeres Interesse entgegengebracht werden. Wir wollen doch auch, daß unsere Vorschläge wiederum auf die Tagesordnung gestellt wird, und da ist geschlossenes Handeln der Kollegen sehr nötig.

Langenfalta. Am 25. Januar tagte in Mülhausen im Burgfeller eine gemeinschaftliche Versammlung der Zahlstellen Langenfalls und Mülhausen, die den Verhältnissen angemessen gut besucht war. Der Bezirksleiter Kollege Sittig leitete die Versammlung. Die Kündigung des Tarifs wurde mit großer Mehrheit angenommen, trotzdem Kollege Moll als Gauleiter anderer Meinung war. Dann wurden die Tarifänderungen der Versammlung vorgelegt und dieselben auch angenommen. Im Verlaufe der Debatte kam von allen Rednern zur Sprache, daß tatsächlich die Verhältnisse im hiesigen Bezirk keine rosigen zu nennen sind, da bei der jetzt angefertigten Arbeit auch der beste Steinmetz bei größter Anstrengung kaum auf den tariflichen Lohn kommt. Dem Material entsprechend wäre es ja angebracht, überhaupt nur im Lohn zu arbeiten. Im Verschiedenen wurde das Verhalten der Firma Schilling in Mülhausen einer scharfen aber auch berechtigten Kritik unterzogen. Die Firma bringt es fertig, Kollegen, die schon seit Jahren dort beschäftigt waren, nicht einzustellen. Hieraus kann man deutlich erkennen, daß die Betreffenden der Firma Schilling ein Dorn im Auge sind. Die reisenden Kollegen wollen hiervon Kenntnis nehmen.

Rüschendorf. Am 18. Januar tagte im Gasthaus zum Hirschen in Waldburg unsere Generalversammlung. Die Gesamteinnahme betrug 1143.71 M., die Gesamtausgabe 498.34 M., bleibt ein Kassenbestand von 645.37 M. Die Revisoren bestätigten, daß Kasse und Bücher sich in bester Ordnung befinden und so wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im Laufe des Jahres sind 48 Aufnahmen zu verzeichnen. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Es wurde demselben seitens der Kollegen die beste Anerkennung ausgesprochen für die geleistete Arbeit zum Wohle unserer Zahlstelle. Scharf kritisiert wurde die Uneinigkeit unter den Kollegen. Der Versammlungsbuch ist in letzter Zeit sehr lau. Im Sommer vorigen Jahres suchte die Firma Thiele eine größere Anzahl Pfisterer heranzuziehen und jetzt zur Winterzeit haben die Kollegen Stundenlang da und warten auf Material. Wir hoffen, daß die Firma in Zukunft Sorge tragen wird, genügend Material beizuschaffen, sonst sehen sich die Kollegen veranlaßt, anderswo ihre Tage zu verbessern. Die reisenden Kollegen möchten von diesen Zeiten Notiz nehmen und Rüschendorf so viel wie möglich meiden.

Mittelsteine. Am 20. Januar tagte in der Villa Nova unsere diesjährige Generalversammlung. Es gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1918 bekannt. Die Einnahme betrug 1349.45 M., die Ausgabe 778.30 M., bleibt Bestand 571.15 M. Kasse und Bücher wurden von den Revisoren geprüft und für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Es wurden gewählt: Kollege Hermann Wiedemann als Vorsitzender, Kollege Anton Pavlik als Kassierer, Kollege Hermann Fahr als Schriftführer und die Kollegen Anton Capla und Alfred Sühmut als Revisoren. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Alfred Sühmut und Friedrich Scholz, als Ersatzmann Kollege Hermann Wiedemann gewählt. Dann wurde noch Kollege Hermann Wiedemann als Delegierter zur Gaukonferenz nach Görlitz bestimmt. Ferner wurde noch eine Tarifkommission gewählt. Zum Punkt Verschiedenes erstattete Kollege Grajer Bericht von der Konferenz in Pirchberg. Nachdem noch sonstige interne Angelegenheiten zur Sprache gebracht worden waren, war Schluß der von 63 Kollegen besuchten Versammlung.

München. Am 18. Januar tagte im Restaurant Müllerbad die ordentliche Generalversammlung. Der Vorsitzende gab einen umfangreichen Bericht über seine Tätigkeit, ebenso der Kassierer. Beiden Berichten war zu entnehmen, daß sich die wirtschaftliche Krise, besonders in der Steinindustrie, arg fühlbar machte. Die Revisoren bestätigten, Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben. Die Diskussion war eine rege. Man war mit der Tätigkeit der Verwaltung zufrieden und wurde ihr auch einstimmig Dank ausgesprochen. Da der bisherige Vorsitzende eine Wiederwahl ablehnte, wurde Kollege Albert Feindl als 1. Vorsitzender gewählt. Weiter wurden in den Vorstand gewählt: die Kollegen Christoph Wanschneider als 2. Vorsitzender, Taver Käfer jun. als Schriftführer, Georg Bölle als Kassierer, Johann Köhler und Heinrich Erbacher als Revisoren. Nach einigen internen Mitteilungen und der Aufforderung, die neue Vorstandsfahrt tatkräftig zu unterstützen, erfolgte Schluß der Versammlung. Die Adresse des Vorsitzenden ist: Sollierplatz 15, 3. Tr. links.

Ebermannsdorf (Mühl.). Die am 14. Januar stattgefundene Versammlung erregte sich eines guten Besuchs. Als Referent war Gauleiter Herrmann erschienen. Der Vortrag lautete: Das Amtswort des Arbeitgebers der Zuffenindubranche betreffs Erneuerung des Tarifs und unter weite Stellungnahme hierzu. In seinem Referat gab der Gauleiter zunächst eine Uebersicht über die Entwicklung der Zuffenindubranche und besprach den vor zwei Jahren erfolgten Abschluß des Arbeitsvertrages. Damals sei von der Leitung des Ganzen an die katholische Geistlichkeit und den christlichen Gewerkschaften und Steinmetzenverbänden jeweils gemeinschaftlichen Vorgehens in der Tariffrage herangetreten worden. Dies sei aber von beiden Organisationen abgelehnt worden. Als Tarifentscheid sei dann von den Unternehmern der Aufhebung des Tarifvertrages beschlossen und auch nach Enttragung anderer Preise von den beiden erwähnten Organisationen angenommen worden. Mit den jetztigen Positionen waren die meisten Kollegen nicht zufrieden; sie wollten aber beschwichtigend mit dem Hinweis, daß in zwei Jahren beim Tarifschluß eine Erhöhung unbedingt einträte, mühe. Einige Kollegen forderten die Erhöhung schon jetzt auf die Unternehmung mit unserer Organisation der Tarif. Da eine dreimonatliche Kündigungsfrist vorgeschrieben ist, so mußte die Kündigung am 1. Januar erfolgen. Von den Herren Gewerkschaftsführern Kail und Altmeyer zu hören, daß sie an den Vorsitzenden der Unternehmung Herrn Pidel ein Schreiben geschickt worden, ob es nicht möglich sei, sich über den neuen Vertrag zu einigen, ohne daß gekündigt zu werden brauche. Daraufhin wurde Herr Pidel am 15. Dezember eine Sitzung mit dem Gauleiter Herrmann bei dem Herrn Pidel eine Einladung zur Teilnahme an der Sitzung übermittle worden. Er fand sich mit 10 Kollegen und dem Zuffenindubranche ein. Bei Eröffnung der Sitzung sprach Herr Pidel, daß von einer Aufhebung der Tarifverträge in Betracht kommenden Positionen keine Rede sein könne; im Gegenteil, es müßten noch Maßnahmen erfolgen. In der Debatte über Herrn Gauleiter Herrmann war, daß im Hinblick auf die immer noch dem Herrn Gauleiter Lebensunterhaltsumlagen eine Erhöhung der Gehälter der Arbeiter einträte müßte. Die Herren Kail und Altmeyer wurden von Herrn Pidel dann aufgefordert, die Wünsche der Arbeiterorganisationen vorzutragen. Da kam allerdings ein

langer Wunschzettel zutage. Von den Arbeitgebern wurde erklärt, daß es ausgeschlossen sei, etwas aufzubessern. Gauleiter Herrmann betonte, daß es das Beste sei, die Sitzung zu schließen und die drei Arbeiterorganisationen aufzufordern, ihre Wünsche schriftlich an Herrn Pidel einzureichen, dann könne die Kommission der Unternehmung ihre Meinung dazu in einer Zuschrift niederlegen. Nach längerer Debatte sei dann doch beschloffen worden, über die Position der Flächen- und Blendquader in eine Verhandlung einzutreten, desgleichen über die Erhöhung der Stundenlöhne. Ein praktisches Ergebnis sei jedoch trotz langer Debatte nicht erzielt worden. Zuletzt wurde dann der Vorschlag angenommen, den Ablaufstermin der Kündigung bis zum 15. Januar hinauszuschieben und die drei Arbeiterorganisationen aufzufordern, ihre Gegenvorschläge baldigt einzureichen. Gauleiter Herrmann habe sich nun an Herrn Kail und Altmeyer mit dem Ersuchen gewendet, die neuen Vorschläge gemeinschaftlich auszuarbeiten und einzureichen; das wurde aber von den Herren strikte abgelehnt. Es sei nun das Schauspiel zu verzeichnen gewesen, daß von den beiden christlichen Organisationen und von unserm Verbands gesonderte Vorschläge Herrn Pidel unterbreitet worden seien. Die Unternehmung der Zuffenindubranche gingen geschlossen und einheitlich vor, und hier zeigte sich bei den Arbeitern schon der Zwist. Der Standpunkt der Arbeiterführer von den beiden christlichen Organisationen sei ein sehr bedauerlicher. Es sei nur dann möglich, die von den Unternehmern geplanten Verschlechterungen abzuwehren und Verbesserungen einzuführen, wenn die drei in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen gemeinsam vorgehen. Dann besprach der Referent den eingehenden Gegenvorschlag der Unternehmung. Er zeigt, daß neben wenigen Verbesserungen gegenüber dem ablaufenden Tarif starke Verschlechterungen enthalten sind. Da diese für die Kollegen unannehmbar seien, so habe er bei Herrn Kail und Altmeyer angefragt, ob sie bereit seien, am 15. Januar den Tarif zu kündigen. Herr Kail habe geantwortet, daß am 13. Januar eine Sitzung stattfinden von seiner Organisation, voraussichtlich würde der Tarif auch von ihnen gekündigt. Von Herrn Altmeyer sei keine Antwort eingelaufen. Der Gauleiter habe am 15. Januar im Auftrag der Kollegen die Kündigung des Vertrages bewirkt, was von den Kollegen mit Beifall begrüßt wurde. Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, treu zur Organisation zu stehen. Die Diskussion war sehr umfangreich; an ihr beteiligten sich vornehmlich Kollege Kaufsch und Kollege Braun-Mayer. Kollege Braun teilte mit, daß, soweit er in Erfahrung bringen konnte, die Führer der christlichen Organisation den Tarif nicht gekündigt hätten. Herr Kail und Altmeyer hätten mit Herrn Pidel nochmals verhandelt und da sei die Kündigung des Tarifs nochmals hinausgeschoben worden, ob über den Ablaufstermin, also nach dem 1. April, das ist noch nicht bekannt geworden. Der Gauleiter erklärte, daß er keine Nachfrist erhalten habe von einer Hinausschiebung des Kündigungsstermins. Der weitere Verlauf der Tarifrenewierung müsse nun abgemacht werden. Schließlich hätten ja die Führer nicht allein zu bestimmen, sondern die Mitglieder, welche ihre Pflichten erfüllten, hätten auch Rechte. Vielleicht werde von den Arbeitern der Zuffenindubranche doch den Führern der Weg zur gemeinsamen Abwehr der Verschlechterungen gezeigt. Die freie Organisation sei jederzeit zu gemeinschaftlichem Vorgehen bereit. Im Schlußworte ermahnte der Gauleiter die Kollegen, tatkräftig in der Agitation mitzuwirken.

Schmalzfabrik-Protterode. Am 25. Januar fand in Protterode im Hotel zum Thüringer Wald unsere Monatsversammlung statt, die besser besucht sein konnte. Hauptächlich herrschte unter den Kollegen in Schmalzfabrik eine große Interessiertheit. Im ersten Punkt gab der Kassierer Kollege Schade die Quartalsabrechnung bekannt. Kasse und Bücher wurden von den Revisoren in Ordnung befunden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Der zweite Punkt, Vorstandswahlen, ergab folgendes: Erster Vorsitzender Kollege Sachs, Kassierer Kollege Berger, Schriftführer Kollege Richter und Revisoren die Kollegen Th. Wenninger und Schade. Zum dritten Punkt gab Kollege Sachs einen ausführlichen Kartellbericht. Betreffend Streikunterstützung wurde einstimmig beschloffen, den Protteroder Kollegen, die im Herbst vorigen Jahres bei der Firma Emil Köppler in Streik getreten sind, die dreitägige Karenzzeit aus der Ortskasse zu bewilligen. Dann wurden die Verhältnisse bei der Firma E. Köppler sehr scharf unter die Lupe genommen. Hauptächlich in Protterode zahlte der Unternehmer Köppler immer in der Wirtschaft aus. Auch müssen ihn die Leute ständig in den Wirtschaften aufsuchen. Verschiedene Kollegen waren der Ansicht, in Zukunft keine Ueberstunden mehr zu machen.

Stadtpolitik. An die Kollegen des Maintals! Daß die Hote-Sandstein-Industrie im unteren Maintale daniederliegt, ist allgemein bekannt. Der Arbeiter, wie auch der Geschäftsmann spricht es an seinem Geldbeutel. Weniger bekannt ist aber die Ursache des allgemeinen Niederganges; möglich, daß sie einigen bekannt ist, viele werden es nicht sein. Ueber die etwaigen Mittel zur Abhilfe wurde natürlich auch schon viel geredet. Mit einem Händedruck und einigen freundlichen Worten (Meine lieben Steinmetzen, was habe ich euch schon getan usw.), wie sie von dem Abgeordneten unseres Wahlkreises schon gebraucht wurden, ist nichts getan. Leider glauben viele Geschäftleute, selbst auch noch christlich organisierte Steinarbeiter, diesen leeren Versprechungen und liegen sich von Wahl zu Wahl immer wieder betören. An Versprechungen von denen, die gern immer wieder gewählt werden möchten, hat es noch nie gefehlt. Aber wie werden die Versprechungen gehalten? Die freizugewählten Steinarbeiter wissen nur zu gut, daß dies Wahlkreispolitik ist, um dem Zentrum Wähler zu erhalten. Betrachten wir uns die Verhandlungen des bayrischen Landtags, besonders die jüngsten Debatten über Handel und Gewerbe, dann müssen wir sehen, wohin die Politik des Zentrums führt. Steinarbeiter des Maintals! Geradezu trotzig muß die Antwort genannt werden, welche unsere Berufs Kollegen in München von der oberen Behörde erhalten haben betreffs der Bahnstationen und -umbauten in München; fast gänzlich will man den Raturschein verschwinden lassen. Was nützen uns dann die schönen Worte und Versprechungen des Herrn Abgeordneten Scholz sowie seine Empfehlungen des roten Sandsteins beim Minister, wenn die Mehrheit der Zentrumspartei eine ganz andre Haltung einnimmt? Und was die Mehrheit der Partei beschließt, wird getan. Wenn sich die übrige Bevölkerung und die christlich organisierten Steinarbeiter des Maintals auf diese Versprechungen des Zentrumsabgeordneten verlassen, dann sind sie verlorren. Deshalb, ihr Steinarbeiter des ganzen Maintals, macht die Augen auf und leset die Land- und Reichstagsitzungen genau. Soweit die wirtschaftliche Betretung in Frage kommt, kommt für uns nur der Steinarbeiterverband in Betracht.

Stettin. Am 20. Januar fand unsere Monatsversammlung statt. Es wurden sämtliche Vorstandsmitglieder sowie Revisoren wiedergewählt. Die Einnahme im vierten Quartal betrug 888.43 M., die Ausgabe 505.35 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Den Kartellbericht erstattete Kollege Wolff. Ueber unsere Lohnbewegung teilte der Vorsitzende mit, daß der Tarif zur rechten Zeit gekündigt und der von uns ausgearbeitete Tarif den Arbeitgebern zugeandt sei. Hieran sei ihm von den Arbeitgebern auch eine Vorlage zugegangen, welche er zur Berlegung brachte. Es wurden bei der Berlegung eine ungeheure Menge Entrüstungsbriefe laut, denn der Tarif ist noch schlechter wie unser alter. Es wurde der Lohnkommission einstimmig der Antrag erteilt, nur auf Grund unseres ausgearbeiteten Tarifs mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Im Punkt Verschiedenes wurde auf Platz Görlitz ein neuer Platzkassierer gewählt. Kollege Brandt rügt die Berliner Kollegen, welche hier Verleumdungen in Aktion gemacht haben, trotzdem in Berlin keine Verleumdungen in Aktion gemacht sind. Ebenfalls haben es die Berliner Kollegen nicht für nötig befunden, ihre Beitragsmarken hier zu lassen, wo sie doch hier in Arbeit standen. Der Vorsitzende soll hierüber Protest bei dem Gauleiter erheben; auch soll hierüber Stellung auf dem Verbandstage genommen werden.

Strasburg. Am 15. Januar tagte unsere Generalversammlung, welche schlecht besucht war. Der Kassierer gab die Abrechnung vom

vierten Quartal bekannt. Ganz diesem Bericht betrugten die Einnahmen im letzten Quartal 1740.20 M., denen eine Ausgabe von 1459.09 M. gegenübersteht, was einen Ueberschuß von 281.11 M. ergibt. Der Gesamtkassenbestand betrug am Schluß des vierten Quartals 9799.07 M. Die Revisoren erklärten, daß sie die Kasse geprüft und alles in bester Ordnung gefunden haben, worauf der Kassierer entlastet wurde. Ein unerquickliches Thema bildete die Berlegung der Restanten. Es gibt leider immer noch eine ganze Anzahl Kollegen, die wohl ihre Rechte auf das genaueste kennen, aber ihre Pflichten in der größtmöglichen Weise vernachlässigen. Es wurde beschloffen, den Restanten eine schriftliche Mahnung zugehen zu lassen. Der Vorsitzende betonte, daß von einigen kleineren Meinungsverschiedenheiten abgesehen, das vergangene Jahr im allgemeinen ruhig verlaufen sei. Es ist uns im letzten Jahre gelungen, mit der Forderung einen Tarifvertrag abzuschließen, in welchem die Arbeitsverhältnisse der Zement- und Zuffenindubranche geregelt wurden. Der vereinbarte Stundenlohn beträgt in Fabriken und auf Werkplätzen 75 Pf., an Neubauten und Brücken 80 Pf. Die Bundesratsverordnung hat uns in dieser Branche ihre volle Gültigkeit. Einen erfreulichen Fortschritt haben wir in der Agitation zu verzeichnen. Am Anfang des Berichtsjahres hatten wir im elsässischen Bruchgebiet so gut wie gar keinen organisierten Kollegen mehr, während wir am Schluß des Jahres ungefähr 220 organisierte Kollegen muster können. Der Vorsitzende hob hervor, daß bei thätiger Agitation und einigermaßen ständiger Geschäftskonjunktur noch 600 bis 700 Kollegen zu gewinnen wären. Dieses Resultat wurde von den Anwesenden mit allgemeiner Befriedigung aufgenommen. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, seine ganze Kraft einzusetzen und nicht eher zu ruhen, bevor nicht auch der letzte Steinarbeiter im Bruchgebiet der Organisation angeführt ist. Das Resultat der Neuwahlen war folgendes: 1. Vorsitzender Joseph Schäfer, Kassierer Emil Gewinner, Schriftführer Fritz Göttinger, Beisitzer Friedrich Fischer. Als Revisoren wurden die Kollegen Schäd, Teufel und Schwertfeger bestimmt. Die Kollegen Kurz und Ritter wurden in das Gewerkschaftskartell

Strehlen (Schlesien). Am 25. Januar tagte hier eine Mitglieberversammlung. Zum 1. Punkt der Tagesordnung wurde den Kollegen die Abrechnung vom 4. Quartal 1918 bekanntgegeben. Dieselbe wurde von den Revisoren geprüft und für richtig befunden. Die Versammlung erteilte dann dem Hauptkassierer Kollegen Du Rosta Entlastung; weiter gab der Kassierer noch eine Abrechnung über das ganze Jahr bekannt. Dann verlas Kollege Lorenz die Abrechnung über die Sterbefammelgebühren, welche in unserer Zahlstelle eingeführt sind. Kollege Lorenz wurde als Kassierer der betreffenden Gebühre einstimmig wiedergewählt. Alsdann berichtete der Vorsitzende über das vergangene Jahr. Die Konjunktur war im hiesigen Gebiete eine gute; weiter gab derselbe den Kollegen die Leistungen unseres Verbandes bekannt. Die Lokalverwaltung und der Arbeiterschutz hatten ebenfalls ihre Pflicht erfüllt. Kollege Darta berichtete dann über die Stabverordnetenwahlen. Die zwei sozialdemokratischen Mandate sind jetzt vom Oberverwaltungsgericht für gültig erklärt worden. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Steinarbeiterverband geschlossen. Zu bemerken ist noch, daß sich die Kollegen mit dem Antrag des Zentralvorstandes betreffend Erwerbslosenunterstützung, einverstanden erklärten. Die hiesigen Pfastersteinmacher sind der Meinung, daß jetzt diese Unternehmung ohne Mißtrau eingeleitet werden kann. Am 28. Januar hielt die Strehleener Lokalverwaltung in Gorkau, Kreis Rumpsh, eine Versammlung ab. Zum 1. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal 1918. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die Abrechnung von den Revisoren und von ihm geprüft und für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde hiermit Entlastung erteilt. Kollege Hirschberg berichtete über die Kassenverhältnisse in Gorkau. Die Gorkauer Kollegen wählten ebenfalls ihre alten Funktionäre wieder. Alsdann gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über das vergangene Jahr.

Literarisches.

Die Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Kämpfe von Dr. Adolf Braun. Eine Sammlung von Abhandlungen. Altruberg 1914. Verlag der Frankfurter Verlagsanstalt und Buchdruckerei. VIII und 508 Seiten Großformat. Preis elegant gebunden 6 M. Unsere gewerkschaftliche Literatur wurde durch ein Buch bereichert, das Genossen Adolf Braun zum Verfasser hat, der sich seit langem mit den Problemen des Gewerkschaftswesens beschäftigt. Eine Auswahl aus seinen zahlreichen Veröffentlichungen über die Gewerkschaften bringt dieses Buch; geschichtliche, darstellende, auch kritische und vor allem agitatorische Darstellungen über die Entwicklung der Gewerkschaften, über ihre Streitfragen in Deutschland und im Auslande, dann über die Organisationsarbeit der Arbeiter und Arbeiterinnen, über Kampfziele und Kampfmethoden der Gewerkschaften, weiter Abhandlungen über die Tarife, über die Arbeitslosigkeit und der gewerkschaftlichen Statistik, endlich Auseinandersetzungen über Gewerkschaften und Unternehmertum. Ueber 40 Abhandlungen, die zum Teil in Unterkapitel zerfallen, enthält dieses Buch, dessen Verwendbarkeit gehoben wird durch die umfangreichen Sach-, Berufs-, Orts- und Personenregister, die das Werk abschließen.

Das Buch ist mit großem Verständnis über die Gewerkschaftsfragen geschrieben. Sehr interessant ist das Kapitel über Organisationsprobleme. Man hat seine Freude darüber, mit welchem Weitblick hier Braun die Materie meistert. Die gewerkschaftlichen Verfassungsfrage hat eine solche zutreffende Beleuchtung erfahren, daß man eigentlich denken möchte, Genosse Dr. A. Braun hätte einige Jahre irgendeinen Verband geleitet. — Böllig zutreffend ist auch, was der Verfasser über gewerkschaftliche Disziplin sagt. Ungehindert können wir schreiben, daß das Braunsche Buch zu den allerbesten gewerkschaftlichen Publikationen zählt. Wir können unsern Kollegen nur dringends empfehlen, wenn es ihnen die Mittel einigermaßen erlauben, sich dieses vorzügliche Werk anzuschaffen. Bei einer Neuauflage würden wir wünschen, daß die Entstehungsgeschichte der Gewerkschaften eine eingehendere Darstellung erfahren möche.

Die Verbreitung der nughbaren Kalksteine im nördlichen Deutschland. Von Dr. Bernhard Rossmann. Preis 10 M. Verlag der „Tonindustriezeitung“, Berlin NW. 21, Drensestraße 4. Unter den im Haushalt der montanistischen und bautechnischen Industrien verwendeten Mineralien nimmt der Kalkstein eine hervorragende Stellung ein. Dieser entspricht die technisch-wirtschaftliche Bedeutung der Kalkindustrie, der daran beteiligten Werte und der von ihnen verwandten Dolomite ist in wogender Weise jenseitiger Richtung und auch in topographischer Verteilung unbedingt bedeutender als die unsrer wichtigsten Brennstoffe, der Kalksalze und Eisenerze, von den metallischen Erzen zu schweigen. Wenn nun auch in jüngster Zeit mehrere Fachschriftsteller angefangen sind, sich ausdehnenden geologischen Forschungen dazu übergegangen sind, die wissenschaftliche Darstellung der nughbaren Mineralien mit Ausschluß von Erzen, Brennstoffen und Kalksalzen, oder der Nugherte zu bearbeiten, so hat es doch noch immer an einer übersichtlichen Darstellung des Vorkommens der nughbaren Kalksteine in Deutschland gefehlt. Das vorliegende Werk hat sich zunächst auf die Beschreibung der nughbaren Kalksteine im nördlichen Deutschland beschränkt. Aber gerade in dieser Gegendung wird der Leser des Buches gar bald einen großen Vorzug erkennen: denn in seiner mehr als 50jährigen Berufstätigkeit als Bergmann und Geologe hat der Verfasser die größere Anzahl der beschriebenen Lagerstätten wie deren Umgebung persönlich besichtigt und so immer mehr die Eigenart und die Mannigfaltigkeit der Kalksteinlager und ihrer genetischen Bedingungen kennen gelernt, und dieser Umstand läßt die Darstellung an Wärme und Anschaulichkeit gewinnen. Infolge seiner umfangreichen Anschauung kann das Werk auf den Titel einer „topographischen Geologie der Kalksteine“ mit Recht Anspruch machen.

Waffenburg vom 23. Juli 1912 ergeht mitzuteilen, daß ich der Firma Bayerische Porzellanindustrie in Würzburg dringend nahe gelegt habe, dafür Sorge zu tragen, daß in ihrem Betriebe die Rechte der Arbeiter der Koalitionsfreiheit der Arbeiter hinlanglich bleiben.

Empfänger usw. usw. Der Minister. Die Arbeiter waren durch das Vorgehen der Firma eingekerkert und wieder die Organisation. Die Löhne wurden aber nicht aufbessert, im Gegenteil, noch mehr herabgemindert, dafür aber die Antiteile, wie sie genannt werden, eingeführt. Dieses System soll vor allen Dingen bewirken, daß niemand den Betrieb vor Jahresfrist verläßt, weil der Arbeiter sonst diese Prämien verliert. Die Arbeiter selbst wissen zur Genüge, daß die angebliche Arbeiterfreundlichkeit der Firma weiter nichts ist, als ein Zuckerbrot, und sie dabir auf jede persönliche freie Bewegung verzichten sollen. Die Firma arbeitet außerordentlich gut und wurden in den letzten Jahren 11 Prozent Dividende, bei ganz gewaltigen Abschreibungen, an die Aktionäre verteilt. Die Firma hat somit keine Ursache, bei solch hohen Ueberschüssen, die aus den Arbeitern herausgewirtschaftet werden, durch Herabsetzung der Löhne sich besondere Wohlthätigkeit zu rühmen. Würde die Firma den Arbeitern allmähentlich ihren Lohn ausshändigen, ohne einen bestimmten Betrag bis zum Jahresabschluss einzubehalten, und dem Personal das Koalitionsrecht gewähren, so würde man auf die Antiteile gern verzichten. Für die Dauer wozu sich aber die Arbeiter einer solchen Bevormundung von Seiten der Firma nicht unterwerfen und gemeinsam mit den übrigen Arbeitern sich der Organisation anschließen und um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen.

Ueber die Art und Weise, wie sich die Firma zur Beschneidung des Koalitionsrechts stellt, wird im bayerischen Landtag noch ein Wort zu reden sein.

Ein Arbeiterverrat der Kirch-Dunckerischen Gewerkschaften.

Eine Steinarbeiterversammlung in der Zahlstelle Häßlich (Schlössen) beschäftigte sich mit der Tarifänderung, die von den Unternehmern in den Zahlstellen Striegau und Häßlich vorgenommen wurde. Die Zeitung des in Häßlich Gebiet reichlich hundert Mitglieder umfassenden Kirch-Dunckerischen Gewerkschafts gab am Vorabend ein Schreiben ab, in welchem angefragt wurde, ob der Steinarbeiterverband die Vertreter des Gewerkschafts zu den Verhandlungen mit den Unternehmern zulasse, was sofort sanktioniert wurde. Während der weiteren Debatte erklärten die Vertreter des Gewerkschafts, die Hälfte der Tarifkommissionsmitglieder zu beantragen, dem aber die Mitglieder des Steinarbeiterverbands nicht zustimmen konnten, da der Steinarbeiterverband mit nahezu 700 Mitgliedern bei der Bewegung in Betracht komme. Da die Lokalverwaltung des Gewerkschafts keine Zustimmung zu den Vorschlägen in der Versammlung geben konnte, da die Vollmacht fehlte (?), einigte man sich dahin, daß am folgenden Sonntag eine Sitzung beider Lokalverwaltungen im Beisein des Bezirksleiters von Striegau stattfinden soll, die über die Zahl der Kommissionsmitglieder des Gewerkschafts zu beschließen hat.

In der Versammlung kam auch zur Sprache, daß der Sekretär des Gewerkschafts, K. P. W. Walburg, ohne die in Betracht kommende Organisation oder die Tarifkommission des Steinarbeiterverbands zuvor in Kenntnis zu setzen, bereits bei dem Vorsitzenden der Unternehmersonorganisation war und mit diesem verhandelt hatte. Die Mitteilung kam aber nicht etwa durch Kämpfer oder die Mitglieder des Gewerkschafts der Zeitung des Verbands zu Ohren, sondern wurde von den Unternehmern mitgeteilt. Der Vertreter des Steinarbeiterverbands, Kollege Steininger, Brandmarke in der Versammlung dieses Beschlusses eingehend. Auch mehrere Diskussionen über diesen Schritt entschieden.

In der darauf folgenden Sitzung beider Lokalverwaltungen einigte man sich dahin, daß dem Gewerkschaftsmitglied zugestanden wurden, trotzdem ihnen entsprechend der Mitgliederzahl nur höchstens zwei gegeben hätten. Auch wurde vereinbart, daß die Lokalverwaltung des Steinarbeiterverbands und der Bezirksleiter Müller an der folgenden Versammlung des Gewerkschafts teilnehmen sollen. Der Vertreter der Zentrale des Gewerkschafts erklärte auf die Anfrage, ob wir auch bestimmt zu der Versammlung zugelassen werden: „Wir werden niemand hinarbeiten.“ Darauf arrangierte der Gewerkschaft eine Mitgliederversammlung. Zu derselben erschienen die Lokalverwaltung der Zahlstelle Häßlich, der Vorsitzende der Tarifkommission von Striegau als Vertreter des Bezirksleiters. Außerdem war der Gauleiter des Steinarbeiterverbands und noch etwa 80 Mitglieder unseres Verbands erschienen.

Bei Eröffnung der Versammlung erklärte der Vorsitzende in sehr erregter Weise, daß nur Mitgliederversammlung sei und alle Nichtmitglieder den Saal zu verlassen hätten. Auf die Einwendungen unseres Kollegen Holz wurde erwidert, daß nur drei Mitglieder der Lokalverwaltung und der Bezirksleiter Müller zugelassen werden, der Gauleiter dagegen keinen Zutritt habe. Kollege Holz als Vertreter des Bezirksleiters erklärte: „Müller sei am Beschlusse wegen Krankheit verhindert und daher sei er als Vertreter anzuordnen.“ Auf dieses erwiderte man prompt, daß eine Vertretung nicht anerkannt werde. Unser Gauleiter bekam das Wort ebenfalls nicht. Darauf erklärte er: Er betrachte die Verhandlungen als gescheitert, wenn man in derartiger Weise den Vertreter einer Organisation, die mit siebenmal so viel Mitgliedern in Betracht komme, behandle.

Unsere Mitglieder waren über diese provozierende Haltung der Gewerkschaftler erklärtermaßen nicht besonders erbaunt. Beim Verlassen des Saals fielen Neuerungen: Feigheit und Arbeiterverrat. Es ist den Kollegen nicht zu verdenken, wenn sie aufgebracht waren, da kaum eine Woche früher die Verhandlungen des Gewerkschafts eingehend von der Redefreiheit in der Steinarbeiterversammlung Gebrauch gemacht hatten. Um so erbärmlicher muß es bezeichnet werden, wenn vom Vorstand des Gewerkschafts wurde: „Da steht man den Anstand“ und Sekretär Kämpfer noch hinzufügte: „Das ist die Disziplin der Organisation.“ In einer solch arrangierten Besprechung nahmen die Mitglieder des Steinarbeiterverbands zu den Vorparagrafen Stellung; es wurden auch dementsprechende Richtlinien festgelegt.

Steinausschreibungen.

Nachstehende Lieferungen wurden ausgeschrieben: Stadtbauamt in Pöchlarn. 4000 laufende Meter gerade Granitrandsteine nebst den dazu gehörigen Vogensteinen.

Städt. Lagerplatzverwaltung in Charlottenburg. a) 4200 Meter Granitbordsteine, 5500 Quadratmeter Granitbordplatten, b) 120 Kubikmeter Kalkstein aus Basalt.

Großh. Bürgermeisterei in Dierheim. Lieferung der zur Herstellung von verschiedenen Straßen nötigen Granitbordsteine und Kalksteine.

Eisenbetriebsamt III in Darmstadt. Zur Pflasterung der Ladestraße auf Bahnhof Bensheim 1: Lieferung von rund 3800 Quadratmeter Granitpflastersteinen 2. Sorte.

Städt. Baumagazinverwaltung in Augsburg. Lieferung der im Jahre 1914 für die Stadtgemeinde Augsburg benötigten Straßenbaumaterialien, und zwar: Granitpflastersteine, Bordsteine aus Basalt, Granit oder Kalk, Schotter aus Hartbasalt in verschiedenen Körnungen in Accord.

Stadtbauamt II in Charlottenburg. Zum Herbau des Pavillons IV, Charlottenburg, Sydeltstraße 2/4: Ausführung der Ausführung der Werksteintreppen.

Stadtbauamt in Gelsenkirchen. Lieferung von 105 1: Bordsteine aus Basaltlava oder Granit. 105 2: Pflastersteine aus Granit, Basalt, Grauwacken, Melaphyr, Klein- und Molasspflastersteinen. 105 3: Packlage aus Hochlohenjandstein. 105 4: Kleinerschlag aus Basalt, Sandstein und Hochlohenjandstein.

Stadtbauamt in Dpladen. Lieferung von 5500 Quadratmeter Kleinpflastersteinen aus Basalt, 2200 Quadratmeter Kleinpflastersteinen aus Grauwacke, 600 Quadratmeter Großpflastersteinen aus Hochlohenjandstein, 1100 Quadratmeter Klinkerplatten aus 1. Sorte, 3000 laufende Meter hammerrecht bearbeiteten Bordsteinen, 45000 Kilogramm Basaltkleinerschlag.

Stadtbauamt in Wülheim a. M. Lieferung von 8700 Quadratmeter Pflastersteinen aus Hartstein, 7700 Quadratmeter Molasspflastersteinen, 100 Meter rauhen Grauwackebordsteinen, 1900 Meter Basaltlava Bordsteinen.

Gemeindeverwaltung in Oberaltertheim, Unterfranken. Steinbearbeitungen für das Schulhaus in Oberaltertheim.

Königl. Eisenbahnabteilung in Deutsch-Krone. Lieferung von rund 1070 Tonnen Pflastersteinen.

Königl. Grubenbetriebskasse in Dudweiler, Regierungsbezirk Trier. Lieferung von 335 Kubikmeter Basaltkleinerschlag.

Königl. Eisenbahndirektion in Frankfurt a. M. Kleinerschlag für das Rechnungsjahr 1914 in ungefährender Menge von 280 000 Kubikmeter. Diese Lieferung muß besonders auffallen, denn es handelt sich um etwa 50 000 (fünzigtausend) Eisenbahnmaggon Kleinerschlag. Dieser Auftrag dürfte wohl der Basaltindustrie größtenteils zugute kommen.

Folgende Bauprojekte, zu welchen Werksteinarbeiten Verwendung finden dürften, sollen verwirklicht werden:

München, Bayern. Die Stadtverwaltung wird im Frühjahr mit dem Bau eines städtischen Rathauses beginnen lassen.

Wiesbaden. Die Warenhausfirma Leonhard Tieg, Köln am Rhein, Hofstraße 48/49, beabsichtigt, ein großes Warenhaus zu errichten.

Wiesbaden, Rheinprovinz. Die Stadtverwaltung plant den Bau eines neuen Rathauses.

Kleinletten, Ostpreußen. Die Kirchengemeinde wird noch in diesem Jahre mit dem Bau einer evangelischen Kirche beginnen lassen.

Korrespondenzen.

Gubensberg. Hier wurde im April v. J. zur Gründung einer Zahlstelle gestritten, welche heute die Zahl 100 erreicht hat. Gauleiter Biewig war der Einladung gefolgt und hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über: Die freie Gewerkschaft, die einzige Stütze der Arbeiter. Nebenher verhandelt es, der ganzen Organisation den Zweck, Nutzen und Ziele des Steinarbeiterverbands klar zu machen und führte aber auch an Hand von Tatsachen den Unwesenden die Schäden der sogenannten christlichen Gewerkschaften vor Augen. Das Biewigs Ausführungen auf guten Boden fielen, bewies der große Bewunderung Ausdruck gab, daß sich die Arbeiter eine Betriebskassenkasse aufhalten ließen. Denn im Dezember v. J. legte der Unternehmer Wegener seinen Arbeitern eine Arbeitsordnung vor, wie sie schlimmer nicht gestellt werden kann, und drei Wochen später führte derselbe Unternehmer aus lauter Wohlthätigkeit eine Betriebskassenkasse ein. Es wurden die Kommissionsmitglieder beauftragt, dem Betriebsleiter auf dem schnellsten Wege zu sagen, daß die Kasse ein gegeben sollte. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, fest und trenn zur Organisation zu halten.

Schweller (Mosel). Am 24. Januar fand die Monatsversammlung bei Herrn Hof. Wed. statt. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Als Vorsitzender wurde Kollege Stöbel wiedergewählt. Als Kassierer wurde Kollege Haffelwander und als Schriftführer Kollege Meyer gewählt. Zu bebauern ist, daß unsere Ortsverwaltung nicht so gearbeitet hat, als wie es notwendig war. Wir müssen bestrebt sein, einen ordentlichen Ortsfonds zu schaffen, damit wir bei etwaigen Kämpfen auch Zuschüsse gewahren können. Wir hoffen, daß uns dieses in Zukunft auch im vollen Umfange gelingen wird. Wir müssen eben in solchen Dingen eine starke Energie entwickeln. Wir werden alles aufbieten, um die Ortskasse dementsprechend zu stärken.

Wethlich. Am 10. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde unsern Kollegen Spentig der Dank ausgesprochen für seine achtsichtige treue Pflichterfüllung als Vorsitzender unserer Zahlstelle. Er hat sein Amt in gerader, muster-gültiger Weise geführt, dieses anzuerkennen, gebietet die Objektivität. Dann sprach Kollege Hentschel zustimmend über die Arbeitslosenunterstützung. Die Erläuterungen wurden recht beifällig aufgenommen. Im weiteren wurde auch der Nachzügler gedacht, welche immer mit ihren Beitragsleistungen im Rückstande blieben. Da Kollege Hüfte sein Amt als Kassierer niederlegte, wurde an seiner Stelle Kollege Klein gewählt. Die Kasse ist reichlich und alles in bester Ordnung gefunden worden, worauf Entlastung erteilt wurde. Ferner wurde beschlossen, daß Tarife, welche von unserer Zahlstelle bezogen werden, pro Stück mit 50 Pfg. (postfrei) abzugeben sind.

Samburg. (Sektion der Steinmehlen.) Unsere Januarversammlung fand im Vorwärts statt. Die Abrechnung verlas Gumbinger. Hieraus ging hervor, daß unsere Kasse eine Einnahme von 4885,73 M. und eine Ausgabe von 2488,82 M. hatte, so daß ein Bestand von 2396,91 M. verblieb. Die Arbeitslosenkasse hatte eine Einnahme von 1380,64 M. und eine Ausgabe von 824 M., somit bleibt ein Bestand von 556,64 M. Diese beiden Posten sind laut Beschluß der letzten Versammlung nun zusammengelegt. Die Kasse und Belege wurden in bester Ordnung befunden, und wurde Kollege Gumbinger auf Antrag der Revisoren einstimmig entlastet. Zu Punkt 2 verliest Neumann das Protokoll der letzten Schlichtungskommissionsitzung, welche in Sachen Akordarbeit bei der Firma Keimer stattgefunden hatte. Die Kollegen Neumann und Neumann erläuterten dasselbe noch näher in längeren Ausführungen. Der Hauptkern der Unternehmung ist hier noch, daß sie verkauft haben, bei der Tarifverhandlung im Frühjahr 1913 auch einen Akordarbeit abzuschließen. Die Unternehmer eruchten unsere Kommissionsmitglieder, nun in dieser Versammlung zu erklären, daß sie nur in der Lage wären, hier am Ort Arbeit machen lassen zu können, wenn noch nachträglich ein Akordarbeit abgeschlossen würde. Hierzu machten sie uns das Angebot, den alten nicht mehr gültigen Tarif mit einer 10prozentigen Erhöhung auf Oberträger und einer 5prozentigen auf Costaner Sandstein abzuschließen. Nach langer Debatte wurde dieses Angebot mit 44 gegen 24 Stimmen in geheimer Abstimmung abgelehnt. Es handelt sich um Stundelohn für alle Arbeiter. Die Versammlung ist der Meinung, daß in den letzten Jahren, wo noch der alte Tarif bestand, von den hiesigen Unternehmern es ja auch keinem eingefallen ist, größere Arbeiten hier machen zu lassen. Warum jetzt auf einmal das gute Herz? Wir sowie der größte Teil der Unternehmer sind mit dem Stundenlohn tarif gut ausgenommen, und wollen wir es auch so belassen. Hierauf wurde noch von einigen Kollegen auf die bedauernde Lage des ehemaligen Kollegen Kammel aufmerksam gemacht. Es wurden 10 M. bewilligt.

Heppenheim. Wiederum ist ein Jahr verfloßen und der Bezirk stand vor der Wahl, ob der Tarif gekündigt werden soll oder nicht. Unsere Kollegen sehen dem mit größter Ruhe entgegen. Eiliger hatten es die Herren Unternehmer. Schon Anfang Dezember richteten sie an die Gewerkschaft das Schreiben, wie es mit der im vorigen Jahre vereinbarten Tarifverlängerung stände, zugleich verlangten sie bis 12. Dezember Rückantwort. Die Gau- und Bezirksleitung haben sich in einer Sitzung eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Den Unternehmern wurde mitgeteilt, daß wir bereit seien, auf dies einzugehen, beantragten aber verschiedene Ergänzungen und Neuregulierungen als Anhang im Tarif anzunehmen. Nachdem die Herren Unternehmer unsere Vorlage gehörig gefast hatten, erhielten wir die von ihnen ausgearbeitete Zugel. Sie erbaten sich bis 28. Dezember Antwort. Zugleich bemerkten sie, daß weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden können. Durch derartige alte Wadenhüter können aber die Herren nicht irre machen. Unsere Antwort lautete, daß wir bereit sind, mündlich zu unterhandeln. Da gegen diesen Vor-

schlag von ihrer Seite kein Einwand gemacht wurde, so melde ich am 28. Dezember vormittags unsere Kommission telephonisch beim Unternehmervorstand in Heppenheim an. Derselbe sollte sich natürlich, wie gewöhnlich, aufs hohe Ross und rief im Telefon eine schnelle Attacke. Er erklärte uns, daß weitere Zugeständnisse ihrerseits nicht mehr gemacht werden; wenn wir dies unterzeichnen wollen, so können wir in sein Bureau kommen, andernfalls hätte alles seinen Wert. Wir möchten uns die Sache nochmals überlegen und ihm längstens in einer Stunde Nachricht geben. Selbstverständlich zogen wir uns nochmals zur Beratung zurück. Nachdem beide Vorlagen nochmals aufs äußerste geprüft waren, erfolgte die Rückantwort. Wir teilten Herrn Neumuth die besten Positionen mit, bei denen wir unter allen Umständen festhalten müßten. Aber das Unternehmervorstand ließ sich nicht erweichen. Er erklärte uns nur, daß bei Randsteinen keine Verschlechterung eintreten soll, bei gespitzten Flächen mit Betz Heße sich die Sache noch regeln. Weiter sollen wir eine Abstimmung bei unsern Kollegen vornehmen, ob sie dies annehmen oder nicht, er wolle bis nächsten Mittag 12 Uhr Bescheid haben. Für die Kommission war die Arbeit soweit erledigt. Jetzt konnten die Kollegen selbst sprechen. Es wurde eine Urabstimmung auf den Wertplätzen vorgenommen. Die Unternehmervorlage wurde abgelehnt. Zugleich wurde eine zweite Abstimmung über die Tarif gekündigt werden soll oder nicht, vorgenommen. Das Resultat war, den Tarif in seiner alten Fassung ein Jahr weiter bestehen zu lassen. Kollegen, achtet ein jeder fleißig darauf, daß der Tarif strikte eingehalten wird. Wenn es sich notwendig macht, ist sofort das Schiedsgericht anzurufen. Eine auch jeder seine Pflicht in der Agitation, der letzte uns noch fernstehende Steinarbeiter muß für den Zentralverband der Steinarbeiter gewonnen werden.

Kaltenel (Niederbayern). Am 25. Januar tagte im Gasthaus zum Hühn unsere Generalversammlung, in der als 1. Vorsitzender Kollege Sturm und als Kassierer Max Diehl gewählt wurden. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal 1913, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde, worauf dem Kassierer die Entlastung erteilt wurde. Beanstandet wurde der mangelhafte Besuch der Versammlung, in der Klünzgen mit zwei Mann vertreten war. Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich in Zukunft besser an den Versammlungen zu beteiligen. Gerade hier ist es notwendig, daß Aufmerksamkeit unter die Kollegen gebracht wird.

Kaiserlautern. Am 25. Januar fand im Lokale zur Burg unsere diesjährige Generalversammlung statt, deren Besuch leider viel zu wünschen übrig ließ. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde vom Kassierer vorgelesen und von den Revisoren für richtig befunden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Jahresbericht wurde vom Vorsitzenden Ringelgen vorgelesen. Bei Punkt Neuwahl wurde die alte Verwaltung wiedergewählt. Dann erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, die Versammlungen in diesem Jahre besser zu besuchen als im verfloßenen.

Karlruhe. Am 26. Januar fand unsere Generalversammlung im Lokal Großerzog Friedrich statt. Der Vorsitzende Degenhardt erstattete den Jahresbericht, aus dem hervorzuhellen ist, daß zwei Lohnbewegungen stattgefunden haben, welche auf glücklichem Wege durchgeführt wurden. Der Stundelohn wurde durchweg um 5 Pfg. erhöht. Mit der Firma Mupp u. Woeller wurde ein Akordarbeit abgeschlossen. Es hätte noch mehr erreicht werden können, wenn die Kollegen etwas mehr Energie gezeigt hätten. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, thätig mitzuwirken, dann können wir in zwei Jahren ein anderes Resultat erzielen. Den Kassenbericht vom 4. Quartal erstattete Kassierer Zugmayer, welcher von den Revisoren geprüft wurde. Kasse und Bücher wurden in bester Ordnung vorgefunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Neuwahlen ergaben folgendes: 1. Vorsitzender Dito Degenhardt, 2. Joseph Klein, Kassierer Franz Zugmayer, Schriftführer Erhardt Müller und Revisoren Knecht und Seeb.

Kindlich (Rauß). Am 10. Januar hielten wir im Gasthof Gölau unsere Steinarbeiterversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: Bericht über die stattgefundenen Tarifverhandlungen. Als Referent war Kollege Fahn anwesend. Er erläuterte recht sachverständig die ganze Tarifbewegung. Er führte auch einige Beispiele von der Ausbreitung in Leipzig an. Dort seien zwei mächtige Hallen gebaut worden, an denen nicht ein Stück Sandstein oder Granit zur Verwendung gekommen sei. Der Tarif, welcher eine Reihe von Verbesserungen und Neuerungen enthalte, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Unsere Zahlstelle hat sich sehr schön entwickelt, und der Tarifabschluß wird uns wieder vorwärts bringen. Gätten wir keinen Tarif, höher wären Abzüge an der Tagesordnung. Im Beschlusse gab der Vorsitzende bekannt, daß für einen kranken Kollegen 16.90 M. eingesammelt wurden.

Koblenz (Oberpfalz). Am 18. Januar fand im Gasthof zu Anfang unsere Generalversammlung statt, dieselbe hätte besser besucht sein können. Zu Punkt 1 hielt Kollege Mittenmeier ein lehrreiches Referat über die wirtschaftliche Lage und über die gegenwärtige Konjunktur, wobei er den Kollegen wertvolle Aufklärung gab. Dann gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. In die Ortsverwaltung wurden die alten Funktionäre wiedergewählt. Im Punkt Beschlusses kamen örtliche Verbändnisse zur Sprache. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, am Ausbau unserer Organisation mitzuwirken, um die Laufzeit mancher Kollegen auszuräumen. Auch dürfte der Versammlungsbesuch ein fleißigerer werden.

Kohl a. Sand. Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Vogel gab den Jahresbericht des vergangenen Jahres bekannt. Dem Kassierer Banerstein wurde Decharge erteilt. Die Neuwahl der Verwaltung ergab folgendes: 1. Vorsitzender Hans Vogel, 2. Vorsitzender Georg Scheller, Kassierer Albert Bauernfeind, Schriftführer Andreas Wölfl, Revisoren Biecher und Morgener. Als Kartellbelegte wurden die Kollegen Masinger und Vogel gewählt. Dann wurde in die Diskussion der Betriebsangelegenheiten eingetreten. Der Betrieb Leubert mußte einer schweren Kritik unterzogen werden. Als früherer Vorsitzender der Zahlstelle Roth, jetzt Steinmetzmeister, sollte er selbst doch noch wissen, wie schwer die Arbeit mit Schlägel und Meißel zu vollbringen ist. Die Tarifverhältnisse beider Firmen sind unhaltbar. Zum Schluß hielt Kollege Masinger ein vorlesendes Referat über das Koalitionsrecht, welches den Arbeitern entzogen werden soll.

Schwarzenbach a. S. Mit dem 1. Januar 1914 wurden die Zahlstellen Berner, Bödengrün, Benrath, Geseck, Hof, Selzig Kaiserhammer, Marktlenz, Argenlamis, Pilsgramtsreuth, Schwarzenbach, Selb, Seußen, Sparned, Zoll, Erftan und Weissenbach zu einer Verwaltungsstelle mit dem Sitz in Schwarzenbach a. S. unter der Leitung eines bejoldeten Bezirksleiters vereinigt. Die Bezirkszahlstelle zählt an durchgehenden Kollegen 75 Pfg. Solidarunterstützung, und kann dieselbe in einem der obigen Orte innerhalb drei Monaten nur einmal bezogen werden. Reisende Kollegen, die in genannten Orten in Arbeit treten wollen, haben sich bei dem Bezirksleiter zu erkundigen.

Stettin. Am 30. Januar fand hier zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine Sitzung statt, an welcher auch der Gauleiter Dlugemach teilnahm. Die Verhandlungen mußten aber scheitern, weil es die Unternehmer auf alle Fälle darauf ankommen ließen, einen Paragrafen in den Tarif mit aufzunehmen, welcher aller Bezeichnung spottet. (Auch war heißt es dort: „So ein niedrigerer Lohnsatz besteht, bleibt derselbe bestehen.“) Kollege Dlugemach erklärte den Herren, daß diese Forderung gegen die guten Sitten verstoße. Keine Handwerkskammer, kein Gewerbeamt würde sich bereit erklären, einen solchen Paragrafen anzuerkennen. Die Herren wollen eben nach ihrer eigenen Weise tanzen. Auch in der Stettiner Steinindustrie ein Koalitionsrecht der Tarifkommission genehmigt werden. — Zugung nach hier ist fernzuhalten.

